Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 289. Dienstag, den 10. Dezember 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Jaures über das Volksheer.

Einer bedenkenlosen Kriegshetze und ahnungslosen Kriegsbegeisterung steht in diesen Tagen einzig der einmütige Protest der sozialdemokratisechn Arbeiterschaft aller Länder entgegen. Dies wird natürlich von allen Hurrapatrioten zu einer Agitation mißbraucht, die auf bewußten und unbewußten Mißverständnissen über die Stellung der Sozialdemokraten zur Landesverteidigung und zum Kriege beruht. Deshalb sei auf ein Werk von Jean Jaures: „Die neue Armee“ hingewiesen (es erscheint demnächst auch deutsch bei Eugen Diederichs in Jena), in dem der Führer der französischen Sozialdemokratie eine grundlegende Darstellung, eine bis in die kleinste Einzelheit durchgeführte sinnvolle Ausgestaltung und beispielmäßige Belegung der sozialdemokratischen Theorie vom Kriege entwickelt. „Ich habe“, sagt Jaures, „das Räderwerk des Volksheeres, wie wir es uns denken, so deutlich dargestellt, damit man nicht sagen könne, wir vermöchten bloß ein unklares und abstraktes Schema vorzulegen.“

„Es wäre kindisch und ein Hohn“, führt Jaures aus, „einem Lande, das nicht allein über sich selbst bestimmen kann, das ewig der Willkür streitlustiger Abenteurer im Innern oder äußerer Angreifer preisgegeben, ewig entweder vom Kriege bedroht ist oder mitten im entfesselten Kampfe steht, die Notwendigkeit des Schutzes seiner Grenzen zu bestreiten. Durch eine Politik der Klugheit, der Mäßigung und Redlichkeit, durch endgültiges Verwerfen von Gewaltsunternehmungen, durch die gewissenhafte Annahme und Anwendung der neuen Rechtsmittel, die es ermöglichen, Konflikte ohne Gewalttätigkeit zu lösen, dann aber auch durch mutige Aufstellung eines so furchtbaren Verteidigungsapparates, daß selbst bei den Uebermütigsten und Raubgierigsten jeder Angriffsgedanke im Keime erstickt wird, den Frieden sicherzustellen: das ist wohl die höchste Aufgabe für die sozialistische Partei.“

Da nun Jaures, wie die Sozialdemokratie überhaupt, als wichtigstes Mittel zur Gewährleistung des Friedens und des Schutzes der Grenzen die Miliz ansieht, wendet er sich vor allem gegen jene irrtümliche Meinung, die sich unter der Miliz eine wirre Masse, eine in der Stunde der Gefahr improvisierte Armee vorstellt, bei der die Kraft der Organisation durch die Macht der Zahl und Begeisterung ersetzt würde. Darum beweist er vor allem, daß die Miliz ein wohlgeschultes Militärmaterial darstellt, das sich an Wert sehr wohl mit den europäischen Heeren messen kann, die auf langfristige Dienstzeit gestellt sind, was unter anderem die englische Miliz zeigt, die als wesentlicher Bestandteil der Expeditionsarmee im Bündnisfall mit Frankreich als gleichwertiges Element die französische Armee zu unterstützen hätte.

Die Miliz unterscheidet sich vom stehenden Heere weniger durch die Höhe ihrer Ausbildung als durch deren System. Der wesentliche Unterschied liegt in der Länge der Kasernendienstzeit. Verkürzte Dienstzeit aber bedeutet die Verringerung der Lasten für den Dienstpflichtigen und das Nationalvermögen. So führt denn Jaures zahlreiche Beispiele von militärischen Einrichtungen, wie zum Beispiel derjenigen Schwedens an, bei der eine vorbereitende militärische Ausbildung von Schule und Gemeinde besorgt wird, was so zur Verkürzung des Kasernendienstes wesentlich beiträgt. Unter Zitierung der Urteile zahlreicher militärischen Fachschriftsteller beweist er die Leistungsfähigkeit militärischer Einrichtungen, die auf diesem System beruhen und die auch sonst erheblich kürzere Ausbildungsperioden für ihre Mannschaft kennen, als wir. Und lange nachdem das Buch erschien, fügt der Erfolg der milizähnlichen serbischen Armee gegen die Türkei seinen Beweisen einen neuen hinzu.

Eine wesentliche Verkürzung der Ausbildungszeit, die durch eine häufigere Wiederholung der Waffenübungen wettgemacht wird: das ist die Grundlage der Miliz. Sie entlastet die Steuerkraft des Volkes derart, daß sie die Verwirklichung der zweiten Voraussetzung der Miliz leicht möglich macht: die allgemeine Wehrpflicht. Denn obwohl diese dem Namen nach besteht, kann heute keine Großmacht, ohne die Steuerträger unter der ungeheuren Bürde der Lasten zu zermalmen, sie wirklich durchführen. Die Anhänger der Miliz jedoch bekennen sich zu der Meinung, daß es die Pflicht jedes Staatsbürgers sei, den heimischen Boden zu schützen. So wird klar, daß die Einführung des Volkesheeres, das Jaures meint, gleichzeitig eine Verringerung der militärischen Lasten und eine Erhöhung der Wehrfähigkeit des Landes mit sich bringen würde. Und in einem ungemein interessanten und überzeugenden Nachweis zeigt er, daß das Fehlen der wirklich allgemeinen Dienstpflicht in unserem Wehrsystem nur ein Ueberrest einer Vergangenheit ist, in der der Schutz des Vaterlandes ein Vorrecht der oberen Klassen war. An die Stelle der wirklichen Volksbewaffnung, bei der die junge Manschaft ebenso wie die Reserve durch regelmäßig wiederkehrende Waffenübungen kriegsfähig erhalten würde, setzt der moderne Staat eine Organisation, die Jaures „verstümmelte Wehr“ nennt. Besonders in Frankreich und Deutschland nämlich rechnet man für den Kriegsfall ernstlich nur mit den sich unter den Waffen befindenden Soldaten und ganz wenigen Reservejahrgängen, wie Jaures unter anderem durch eine Aeußerung des Kriegsministers von Einem beweist. Diese Rechnung aber setzt vor allem eine lange Dienstzeit voraus und verfährt andererseits auf die unwirtschaftlichste Art mit einer Unzahl vollausgebildeter und wehrfähiger Männer. „Starke demokratische Milizen, die Kaserne nichts als eine Schule und das ganze Volk ein ungeheures, kraftvolles Heer im Dienste der Volksautonomie und des Friedens: das wäre in militärischer Hinsicht die wirkliche Befreiung. Nur so wäre sie möglich.“

Ein Werk von solchem Umfang, von dieser Eindringlichkeit bei der Durchdringung des ganzen Problems bis in alle Einzelheiten kann natürlich nicht in kurzem wiedergegeben werden. So sei bloß noch gesagt, wie sich Jaures zur Offiziersfrage stellt. Da nach seiner Ueberzeugung nur ein wirkliches Volksheer, das mit allen Fasern der Gesamtheit verbunden ist, siegreich sein kann — man denke an die Ereignisse im Balkan —, will er nicht nur die Kluft zwischen Heer und Volk, die heute immer mehr erweitert wird, überbrücken, sondern er verlangt auch, daß Offiziere und Mannschaft nie dem Volksleben entrückt werden und, so wie heute schon in England, jenseits der militärischen Pflichten ein Zivilleben führen können. Nur ein Drittel aller Offiziere soll aus Berufsoffizieren bestehen. Diese aber wären keiner bevorrechteten Klasse zu entnehmen, sondern allen Bevölkerungsschichten. So hätten vor allem auch alle Arten von Gewerkschaften das Recht und die Pflicht, besonders taugliche Söhne ihrer Mitglieder zur Ausbildung als Berufsoffiziere vorzuschlagen.

Wichtiger aber als all diese Unterschiede der Organisation ist der der Bestimmung von Volksheer und stehender Armee. Das Volksheer, das Jaures und die Sozialdemokratie meinen, dient der Verteidigung der Heimat, und nur ihr allein. Und da zu dieser Verteidigung ein weitaus geringerer Aufwand an finanziellen Mitteln nötig ist als zu Beutekriegen, könnten die ungeheuren Ersparnisse, die solch ein Volksheer gestatten würde, der Wohlfahrt aller dienstbar gemacht werden, ohne das Land zu gefährden. Dies wünscht Jaures, der am Schluß seines Werkes einen Entwurf abdruckt, den er der französischen Kammer vorgelegt hat, und in dem seine Ideen in Gesetzesform gebracht sind. Nach den Paragraphen, die der Regelung der Organisation gewidmet sind, folgt einer, in dem gesagt wird: „Die so gebildete Armee hat als einzigen Zweck, den Boden des Vaterlandes gegen jeden Angriff zu schützen. **Jeder Krieg ist verbrecherisch, der nicht einzig der Verteidigung dient;** und er ist nur dann wahrhaft ein Verteidigungskrieg, wenn die Regierung des eigenen Landes der fremden Regierung, mit der sie sich in Konflikt befindet, vergeblich eine schiedsgerichtliche Entscheidung vorgeschlagen hat.“

Vom Balkan.

Die griechischen Friedenshändler sind nach London abgereist. Hoffentlich kommt es nun auch recht bald zum Waffenstillstand zwischen Griechen und Türken, damit die andauernden Kämpfe zwischen diesen beiden Mächten auch ein Ende finden.

Die Zahl der in Bulgarien befindlichen Kriegsgefangenen beträgt ungefähr 18 000 Mann, darunter 350 Offiziere. Nicht mitgezählt sind 6000 Gefangene von Saloniki, die den Bulgaren hätten übergeben werden sollen.

Nach abends spät in Piräus eingetroffenen Meldungen wurde von einem griechischen Kanonenboot bei Chios ein großer englischer Transportdampfer, einer englisch-ägyptischen Gesellschaft gehörig, mit 2000 Mann zur Landung bei Chios bestimmten türkischen Soldaten angehalten und beschlagnahmt.

Die verhafteten Jungtürken sind zum Teil wieder enthaftet worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Petroleummonopol. — Wahlprüfungen.

Von dem ersten Tage der Debatte über das Petroleummonopol konnte gesagt werden, daß fast lauter Leichenreden gehalten wurden. Gestern, wo die erste Lesung zu Ende geführt wurde, ging es nicht anders. Der Reichsschatzsekretär, Herr Kühn, brachte sogar den unbedingt richtigen Ton für so traurige Gelegenheiten: es war tatsächlich, als ob er schon von der ewigen Seligkeit spräche, in die die Vorlage endlich eingehen würde. Wenigstens sagte er, daß immerhin, auch wenn der Entwurf falle, der Gedanke des Monopols am Leben bleiben würde. Die richtige Grabrede, und man konnte dem Prediger ansehen, daß er sich irgendwelchen noch so bescheidenen Illusionen nicht mehr hingab.

Am freundlichsten sprach sich eigentlich der erste Redner aus, der gestern zu Wort kam, der Konservative Graf Westarp, der zwar nicht für die Regierungsvorlage eintrat, der aber doch ein positives Ergebnis der Kommissionsberatungen in Aussicht stellen wollte. Graf Westarp brachte in seiner Rede einige Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion hinein, die dem Niveau der üblichen konservativen Hetzreden durchaus entsprachen. Der Antisemit Rupp-Marburg suchte in einem eigentümlich komplizierten Deutsch klar zu machen, daß seine Fraktion sich noch nicht bindet.

Von der sozialdemokratischen Fraktion sprach der Genosse Frank, der noch einmal unsere ablehnende Haltung begründete und auf die merkwürdigsten Einzelheiten des Entwurfes näher einging. Selbst die Vertreter der Regierung konnten die Berechtigung des Einwandes nicht bestreiten, daß sich die Verfasser des Entwurfes kein besonders gutes Zeugnis ausstellen, wenn sie sich selber und ihren Kollegen die Fähigkeit zur Geschäftsführung einfach bestreiten. Auch der Welfe Colshorn sprach gegen die Vorlage, ebenso die beiden Zentrumsredner Erzberger und Dr. Trendel. Herr Erzberger probierte es im Laufe seiner Rede, gegen den Vorwurf des Genossen Frank aufzukommen, daß seine eigene Partei bei der Beratung des Zolltarifs im Jahre 1902 genau dieselben sozialpolitischen Nebenzwecke vorgeschützt hat, gegen die es diesmal ausdrücklich protestierte. Herr Erzberger sagte das einzige was er sagen konnte: das sei ganz etwas anderes. Der Schatzsekretär war boshaft genug, ihn auf die Berechtigung des Vorwurfs ausdrücklich aufmerksam zu machen.

Nachdem die Vorlage einer Kommission überwiesen war, wurde eine Reihe von Wahlprüfungen erledigt. Ohne Debatte wurde beschlossen, über die Wahlen des Fortschrittlers Kopsch und des Antisemiten Herzog Beweiserhebungen anzustellen. Eine längere Diskussion ergab die Wahlprüfung des nicht unbekannten Herrn Bruhn, zu der die sozialdemokratische Fraktion im Gegenlatz zum Kommissionsantrag Ungültigkeitserklärung beantragt hatte. Der Antrag der Kommission wurde angenommen. Von den bürgerlichen Parteien stimmten nur einige wenige Liberale mit der Sozialdemokratie. Herr Bruhn, der den seltenen Geschmack bewiesen hatte, der ganzen Verhandlung, die ihn betraf, von einer Tribüne aus zu folgen, lächelte mit sichtbarer Freude, als er dieses Ergebnis feststellen konnte, das ihm wohl selbst etwas komisch vorgekommen sein mag.

Heute stehen die Interpellationen über das Koalitionsrecht der Angestellten in Staatsbetrieben und über den Wagenmangel auf der Tagesordnung.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Am Montag wurden zunächst drei Anträge des nationalliberalen Abg. Schiffer beraten, die die schlimmsten Mißstände des gegenwärtigen Systems der Polizeiverordnungen beseitigen sollen. Nach diesen Anträgen soll jedermann auf Ungültigkeitserklärung von Polizeiverordnungen beim Oberverwaltungsgericht klagen können. Eine solche Ungültigkeitserklärung wäre auf dieselbe Weise bekannt zu geben, wie die Verordnung selbst. Jede behördliche Verfügung soll eine Rechtsmittelbelehrung erhalten, und Polizeiverordnungen sollen nach 25 Jahren erlöschen. In seiner Begründungsrede führte Abg. Schiffer, der ja bekanntlich Mitglied des Oberverwaltungsgerichts ist, eine reiche Fülle von Material an, die die schlimmen Auswüchse der Verordnungsmanie der Polizeibehörden illustrierten. In der Debatte fanden die Anträge keine Gegnerschaft, nur der konservative Landgerichtsdirektor Böhmer befürchtete, daß sie ein Querulantentum großziehen, und der freikonservative Brütt meinte, daß Abgeordneter Schiffer zu den vielen Gesetzen, die wir haben, noch neue schaffen wolle. Gen. Liebknecht erwiderte treffend, daß Schiffer doch im Gegenteil aufräumen wolle. Er hielt aber auch den Nationalliberalen vor, daß sie erst jüngst beim Wassergesetz das abgelehnt haben, was sie jetzt selbst fordern. Genosse Liebknecht betonte aber auch, daß eine wirkliche und durchgreifende Reform nur zu erzielen wäre, wenn alle Verwaltungsverfügungen nur auf Grund mündlicher Verhandlungen

ergehen könnten und wenn sie im ordentlichen Gerichtsverfahren noch geprüft werden könnten. Schließlich gingen die Anträge an eine eigene Kommission. Die Regierung hatte sich an der Verhandlung nicht beteiligt. Auch an der Beratung an den sogenden Antrag nahm sie keinen Anteil. Es war dies ein fortschrittlicher Antrag, der bezweckt, daß eine Gewährung öffentlicher Unterstützung keine Einwirkung auf das Landtagswahlrecht haben soll, und daß diese Bestimmungen noch vor den Landtagswahlen Gesetzeskraft erlangen. Auch diesem Antrag wurde von allen Seiten zugestimmt, und Genosse Leinert betonte, daß, wenn die Regierung ihn nicht zur Einführung bringe, sie nur für uns Agitation treiben würde. Nachdem noch einige kleinere Vorlagen angenommen waren, vertagte sich das Haus auf Dienstag.

Die Beratung des Antrages Stroßer über die Erwerbung eines Gartengrundstückes für das Abgeordnetenhaus wird auf Wunsch des Ministerpräsidenten nicht am Dienstag, sondern erst am Donnerstag dieser Woche stattfinden.

Bethmanns Antwort auf die Kriegserklärung des Zentrums.

An der Spitze der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", datiert vom Sonntag, dem 8. Dezember, antwortet Bethmann Hollweg auf die Mißtrauenserklärungen und Kampfsansage der Zentrumsredner im Reichstag. Das Regierungsblatt schreibt:

„An dem seit Jahrzehnten bestehenden Zustand ist tatsächlich nichts geändert worden. Daher war der Bundesratsbeschluß vom 28. November d. J. ein ungeeigneter Anlaß, um dem Bundesrat das Vertrauen zu kündigen. Niemand verdenkt es einem Katholiken, wenn er die Beseitigung des Jesuitengesetzes herbeisehnt. Das hat auch der Reichskanzler anerkannt. Auf der anderen Seite hat er aber auch die Argumente zur Geltung gebracht, die gegen die Entfesselung eines Kulturkampfes wegen der Jesuitenfrage ins Gewicht fallen. In diesem Sinne hat der Reichskanzler auch von dem evangelischen Volksempfinden gesprochen, das sich in Erinnerung an die geschichtliche Rolle des Jesuitenordens gegen ihn wendet. Haben doch auch hervorragende Katholiken in neueren Zeiten zugegeben, daß der Nutzen, den man sich aus dem Jesuitenorden für die katholische Kirche in Deutschland versprechen könnte, in gar keinem Verhältnis zu den tiefen Störungen und Gefahren stehen würde, welche seine Gegenwart hervorrufen müßte. Welche Bedeutung die Mißtrauenserklärung des Zentrums erlangen wird, warten wir ab. Für den Reichskanzler kann Gegenstand eines Kampfes nur sein das Interesse des gesamten Reiches in allen seinen Gliedern, das die Wahrung des konfessionellen Friedens vorschreibt. Deshalb wird sich auch die in Zentrumsblättern enthaltene Ankündigung eines neuen Kulturkampfes nicht erfüllen, wenigstens müßte dazu erst ein Gegner gesucht werden."

Die „Germania" scheint über die anscheinende Ruhe, die bei der Regierung herrscht, ganz fassungslos zu sein. Sie begleitet die Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" lediglich mit dem Versprechen, sie werde noch darauf zurückkommen.

Die übrige Presse begnügt sich in der Hauptsache, Notiz von der Regierungserklärung zu nehmen. Hier und da kommt noch die Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß das Zentrum mit seinem Wunsch nach einem neuen Kulturkampf isoliert steht, und daß niemand, von der Regierung bis zu den Sozialdemokraten, Lust hat, in den Kulturkampfspieß des Zentrums zu rennen. Diese Uebereinstimmung in allen Nichtzentrumskreisen entmutigt die „Germania" noch mehr; sie erhofft schließlich die einzige Rettung von der sozialen Umwälzung, die „das Kommen der Jesuiten schon ermöglichen und nötig machen werde."

Jesuiteninterpellation des Zentrums.

Die badische Regierung hat einem Jesuitenpater, der in Freiburg i. Br. relegionswissenschaftliche Vorträge hielt, die Fortsetzung dieser Vorträge untersagt. Der Zentrumsabg. Fehrenbach, ein Rechtsanwalt in Freiburg, will nun den Reichskanzler über dieses Verbot interpellieren. Das Verbot soll eine Verschärfung der bisherigen Praxis gegen die Jesuiten sein; der Reichskanzler hatte aber im Reichstage versichert, der Bundesratsbeschluß in der Jesuitenfrage bedeute keinerlei Aenderung, also auch keine Verschärfung des bisherigen Zustandes.

Der Arbeitsplan des preußischen Abgeordnetenhauses ist für die nächste Zeit wie folgt festgesetzt worden: In dieser Woche soll das Schleppmonopolgesetz und der Entwurf über die Entwässerung des linksrheinischen Industriegebietes vollständig verabschiedet werden und, wenn möglich, auch noch das Moorschutzgesetz, das Eisenbahnanliegergesetz und das Kanalgesetz. Der Antrag Stroßer über die Erwerbung des Grundstückes Prinz-Albrechtstraße 6 wird am Dienstag beraten. Der Ministerpräsident wird bei dieser Beratung zugegen sein. Die Weihnachtsferien sollen am Freitag, dem 13. Dezember beginnen und bis 8. Januar dauern. Für die erste Januarhälfte ist die Ordnung folgendermaßen festgesetzt: am 8. Januar bringt der Finanzminister den neuen Etat ein. Der 9. und 10. Januar sind für Fraktionssitzungen frei, die erste Beratung des Etats wird vom 11. bis 14. Januar vorgenommen werden. Die zweite Beratung der Steuergesetze soll am 15. Januar beginnen. Ueber die Osterferien ist vereinbart worden, sie spätestens am 14. März beginnen zu lassen.

Österreich-Ungarn.

Wechsel in der Armeeleitung. Kriegsminister v. Auffenberg hat seine Demission gegeben, die auch angenommen wurde. Sein Nachfolger soll der erste Inspektionschef im Kriegsministerium FZM. Krobatin werden. Frhr. v. Auffenberg wird ein Armee-Inspektorat erhalten. Der Grund der Demission ist ein persönlicher Konflikt Auffenbergs mit dem Thronfolger. Der Chef des Generalstabs v. Schemua ist ebenfalls zurückgetreten. An seine Stelle tritt der frühere Generalstabschef und jetzige Armeeinspektor Conrad v. Hötzendorf.

Rußland.

Repressalien der jüngsten Tage. Aus Petersburg wird uns vom 4. Dezember geschrieben: Die Repressalien haben in der letzten Zeit nicht nur nicht abgenommen, sondern sie nehmen von neuem in auffälliger Weise zu und liefern zugleich den Beweis, wie sehr es abermals zu gären beginnt. Wir greifen nur einige der jüngsten Tage heraus: Der Redakteur der „Obskaja Schisn" Nowitzki wurde wegen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei für zwei Jahre nach dem Narymschen Gebiet verschickt. Der Redakteur der „Pskowskaja Schisn" Nowinski wurde wegen eines Artikels über die Wahlkampagne zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Redakteur des „Sysranski Truschenik" erhielt für den Abdruck von Auszügen aus den Reden der Abgeordneten der zweiten Duma zwei Monate Gefängnis zudiktiert. In Wilna wurden 96 Personen, die ohne Erlaubnis eine Versammlung abhielten und für Parteizwecke Gelder sammelten, umzingelt und verhaftet. Daselbst wurden wegen Zugehörigkeit zur polnisch-sozialistischen Partei zwei Personen zur Katorga verurteilt. Der eine, Mysliwetz, erhielt acht Jahre, während der andere, Sybert, nur zu fünf Jahren und vier Monaten verurteilt wurde. In Odessa wurde ein Gehilfe des Gefängnisaufsehers wegen Gewährung einer Zeitungsnummer an einen politischen Gefangenen für ein Jahr in die Arrestantenkompagnie eingereiht. Wegen „Widerstands gegen die Polizei" erhielt in Woltschkansk ein Bauer vier Jahre Katorga, während seine beiden Genossen nur mit Einreihung in die Arrestantenkompagnien für vier Jahre davonkamen. Ein gewisser Kopnin wurde wegen des „Verdachts", die Ausstände in den Druckereien organisiert zu haben, aus dem Gouvernement Livland verbannt. In Pskow fanden mehrere politische Verhaftungen statt, nachdem daselbst in der vorangegangenen Nacht Protestproklamationen gegen die zu Sebastopol erfolgte Hinrichtung der elf Matrosen massenhaft verbreitet waren. In Jekaterinoslaw wurden zahlreiche Personen wegen ihrer Anteilnahme an der Wahlpropaganda nachträglich verhaftet. Die Verwandten der Inhaftierten werden von der Gendarmerie damit vertröstet, daß im Februar angeblich eine allgemeine Amnestie erfolgen würde. In Reval wurden fünf Arbeiter wegen Beteiligung an einer politischen Administration administrativ mit verschiedenen Gefängnisstrafen belegt. In Wjatka wird gemeldet, daß in den Ischewschen Werkstätten massenhafte Haussuchungen stattgefunden haben. Darauf wurden fünfzehn Arbeiter verhaftet, darunter alle Bevollmächtigten der Arbeiter und ihre Wahlmänner Proschutin und Biejukow. Auch der Abgeordnete der dritten Duma Astrachanzew wurde verhaftet. All dies nur in den letzten drei Tagen. Die mehrfachen Geldstrafen gegen Zeitungen, die Schließungen von Gesellschaften, die Inhibierungen von Vorträgen u. dergl. haben wir dabei außer Acht gelassen.

Ein Haar in der Suppe. Wer hätte es geglaubt, daß die offiziellen Wahlmacher, die die stärksten Gewaltmittel nicht verschmäht haben, schon gleich nach der Eröffnung der Duma einer renitenten Mehrheit gegenüberstehen würden? Und doch ist diese kaum glaubliche Möglichkeit zur Wirklichkeit geworden. Die Oktobristen, die über ihre Zurücksetzung bei den Wahlen erbittert sind, haben durch ihre Haltung bei der Wahl des Präsidiums gezeigt, daß sie keineswegs geneigt sind, die Diktatur der Rechten und der Nationalisten ohne weiteres anzuerkennen. Die Situation ist insofern für sie günstig, als sie mit ihren 100 Abgeordneten in der Duma das Zünglein an der Wage bilden. Vereinigen sie sich mit den Rechten und den Nationalisten, so bilden sie eine kompakte Regierungsmehrheit, in denen aber den Rechten die Führung gehört. Gehen sie aber mit den beiden liberalen Parteien (Progressisten und Kadetten) zusammen, so vernichten sie den Traum der extremen Reaktion von einer unbeschränkten Herrschaft in der Duma. Diese Schwenkung haben die Oktobristen bei der Wahl des Präsidiums bereits vollzogen. Nachdem ihr Kandidat Rodsjanko mit Hilfe der liberalen Parteien zum Präsidenten gewählt worden war, wählten sie, durch das demonstrative Verlassen des Sitzungssaales durch die beiden rechten Parteien erbittert, den Progressisten Fürst Urussow zum zweiten Vizepräsidenten. Die Regierung ist nun über diese Wendung höchlichst erbittert. Die offiziöse „Rossia" droht mit jedem Tag immer offenkundiger mit der Auflösung der Duma. So schrieb sie am Tage nach der Wahl Urussows zum Vizepräsidenten: „Wenn die Oktobristen sich mit den Linken vereinigen, so übernehmen sie die Verantwortung nicht nur für die Ansprüche der Linken, sondern auch für die Unmöglichkeit einer fruchtbringenden Tätigkeit der vierten Duma, die das direkte und unausbleibliche Ergebnis eines solchen Blockes sein wird." Mit diesen Drohungen hofft das offiziöse Reptil, die Diktatur der Rechten wiederherzustellen und auch die geringste Konzession an die gemäßigte Opposition zu vermeiden. Bei der Unklarheit der Parteiverhältnisse in der Duma, die namentlich bei den Mittelparteien keine festen Umrisse angenommen haben, ist ein abschließendes Urteil über die geschilderten Vorgänge zurzeit unmöglich. Jedenfalls tritt das eine hier klar zutage, daß die Regierung durch ihre schamlose Wahlmache ihr Ziel nicht nur nicht erreicht, sondern auch die treuergebenen Oktobristen wild gemacht hat. Hätte die Regierung nicht zu ihren Wahlfälschungen und Wahlbeeinflussungen gegriffen, hätte sie nicht die Geistlichkeit an die Urnen kommandiert und die gegnerischen Kandidaten kassiert, so hätte selbst das Wahlgesetz des Staatsstreiches eine oppositionelle Duma ergeben. Aber auch jetzt findet die vereinigte Reaktion angesichts der unklaren Parteiverhältnisse in der Duma ein Haar in der Suppe. Nicht umsonst hat das führende konservative Organ „Sentschtschina" nach den Wahlen geklagt, „der ursprünglich klare und einfache Plan M. Sablers sei nicht zu Ende geführt worden." Wäre aber dieser „Plan" verwirklicht worden, der die Duma zur Hälfte mit Popen bevölkern wollte, so hätte die Regierung an der Popenduma kaum eine besondere Genugtuung erlebt.

Kohlennot und Arbeitermangel in Südrußland. Dieser Tage fand unter dem Vorsitz des Handelsministers Timaschew eine Interessentenkonferenz mit Beteiligung der Kohlenindustriellen in Petersburg statt, um die in Südrußland herrschende Krise im Kohlenbergbau zu erörtern. Diese Krise, ein direktes Ergebnis der Machenschaften der Kohlenmagnaten, die absichtlich die Ausbeute herabsetzen, um die Kohlenpreise in die Höhe zu schrauben, ist nach Ansicht des Vertreters der Südrussischen Montanindustriellen, v. Ditmar, hauptsächlich ein Ergebnis der Arbeiternot im Kohlenrevier. „Die Arbeiter" — erklärt er auf der Konferenz — „wollen nicht nach dem Südwestrayon fahren, weil sie die Mobilisierung fürchten." Als Hilfsmittel solle die Regierung 30 000 Arbeiter nach dem Kohlenrevier schaffen und die Erklärung abgeben, daß dieses Revier nicht mobilisiert werden würde! Es muß wohl kaum besonders hervorgehoben werden, daß die Darstellung der Kohlenmagnaten tendenziös gefärbt ist, um die Regierung zur zwangsweisen Lieferung von billigen Arbeitshänden zu veranlassen. Die russischen Arbeiter sind allerdings in ihrer Masse kriegsfeindlich gestimmt, aber wenn sie das südrussische Kohlenrevier meiden, so vor allem infolge der abscheulichen Arbeitsverhältnisse und der niedrigen Löhne, die dort herrschen. Ist die Darstellung der Industriellen in dieser Beziehung recht wenig glaubwüdig, so beweist die daran geknüpfte Forderung, keine Mobilisation im Kohlenrevier vorzunehmen, daß das große Kapital in Rußland der Kriegsgefahr mit Besorgnis entgegensieht.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 10. Dezember.

Die Bürgerschaft hielt gestern abend ihre letzte diesjährige Versammlung ab. Zunächst wurde die Beratung über den Gesetzentwurf betreffend die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrdienst Erkrankten und Verunglückten sowie an deren Witwen und Waisen fortgesetzt. Genosse Hoff verlangte wiederum verschiedene Verbesserungen der vorgesehenen Bestimmungen über die Höhe der Rente; ferner die Zulassung des Rechtsweges bei der Rentenfestsetzung sowie Beseitigung des § 10, der den verletzten Feuerwehrleuten, die sich im Auslande aufhalten, die Rente entziehen will. Auch von bürgerlicher Seite wurden mancherlei Einwendungen gegen Einzelheiten des Gesetzentwurfes erhoben. Die Folge war, daß die ganze Vorlage einstimmig einer Kommission zur Vorprüfung überwiesen wurde.

Eine längere Aussprache zeitigte die ablehnende Antwort des Senates zu den Beschlüssen der Bürgerschaft vom 2. Juli, welche auf eine Ermäßigung der Schankgewerbesteuer hinwirken. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß eine gerechtere Belastung des Wirtsgewerbes anzustreben sei, als sie bisher besteht. Genosse Ehlers vertrat mit Humor und Sachkunde den sozialdemokratischen Standpunkt, der in der grundsätzlichen Gegnerschaft derartigen Sondersteuern gegenüber gipfelt. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, welcher den Senat ersucht, der Bürgerschaft baldmöglichst eine Gesetzesvorlage entgegenzubringen, die eine Verteilung der Schankgewerbesteuer nach den von der Bürgerschaft vorgeschlagenen Grundsätzen vorsieht. Ob der Senat wohl diesem einstimmigen Ersuchen der Bürgerschaft Folge leisten wird?

Angenommen wurde der Senatsantrag auf Gewährung einer Staatsbeihilfe von jährlich 11 900 Mark an die Jenischsche Freischule. In der Debatte darüber wurde es scharf kritisiert, daß die Vorsteherschaft dieser Schule, die doch vom Staat Unterstützung verlangt, es ablehnt, ihrem Hauptlehrer ungefähr das gleiche Gehalt wie den Hauptlehrern der staatlichen Volksschulen zu zahlen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bau einer Eisenbahn von Travemünde nach Niendorf. Der von manchen Leuten erwartete lebhafte Widerstand gegen diesen Senatsantrag blieb aus. Es ging nämlich in der Bürgerschaft das Gerücht um, daß die Bahn Travemünde-Niendorf die conditio sine qua non für das große Projekt Lübeck-Schwartau-Neustadt-Fehmarn-Kopenhagen sei, das noch von der Eutiner Regierung konzessioniert werden muß. Aus diesem Grunde und weil auch eine Anzahl Bürgerschaftsmitglieder prinzipiell allen Verkehrsverbesserungen wohlgeneigt sind, fand der Senatsantrag mit allen gegen eine Stimme Annahme.

Kurz nach 9 Uhr hatte das lübsche Vierklassenparlament seine Arbeit vollendet.

Statistischer Vierteljahrsbericht des Statistischen Amtes der Freien und Hansestadt Lübeck. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 30. Juni 1912 99 398 (98 175) Einwohner. Im 3. Quartal kamen 397 (584) und und zwar 210 (171) durch Geburtenüberschuß und 187 (413) durch Wanderung hinzu, die Bevölkerung Lübecks bezifferte sich also Ende September auf 99 795 (98 759) Köpfe. Die natürliche Bevölkerungsbewegung verlief folgendermaßen: Ehen wurden 189 (174) oder 7,55 Promille (7,01 Promille) geschlossen, die Eheziffer war also etwas höher als im Vorjahr. Geburten kamen 584 (569) oder 23,33 Promille (22,93 Promille) zur Anmeldung; die Geburtenzahl nahm also gegen 1911 um 15 und die Geburtenziffer um 0,40 Promille zu. Ist die Steigerung auch nicht groß, so verdient sie doch unterstrichen zu werden, denn in der Regel weisen die Geburten ja heute leider einen Rückgang auf. Von den Geborenen waren 68 oder 11,64 Prozent (58 oder 10,19 Prozent) unehelich und 13 oder 2,23 Prozent (10 oder 1,76 Prozent) tot; beide Verhältniszahlen gingen also über die des Vorjahres hinaus. Die Zahl der Sterbefälle stellte sich dagegen nur auf 361 oder 14,42 Promille (388 oder 15,63 Promille), war also geringer als 1911. Unter den Gestorbenen waren nur 81 (152) unter 1 Jahr alt, während 91 (70) das 70. Lebensjahr vollendet hatten. Der Rückgang der Sterbeziffer ist in der Hauptsache durch die Verminderung der Säuglingssterblichkeit veranlaßt; auf 100 Lebendgeborene verstarben nämlich nur 14,97 gegen 27,19 im Vorjahre. Und zwar war die Sterblichkeit sowohl bei den ehelich wie bei

den unehelich Lebendgeborenen geringer als 1911; während damals auf 100 ehelich Lebendgeborene 24,12 und auf 100 unehelich Lebendgeborene 54,30 verstarben, belief sich die diesjährige Sterbeziffer nur auf 13,38 bezw. 27,04. Unter den Todesursachen standen, wie regelmäßig, die Krankheiten der Kreislauforgane mit 43 (27) an erster Stelle, es folgten angeborene Lebensschwäche mit 27 (23), Krebs mit 26 (28), Altersschwäche und Gehirnschlag mit je 24 (23 und 21) und Lungenentzündung und Lungenschwindsucht mit je 22 (19 und 11) Fällen. Alle ansteckenden Krankheiten führten nur 19 (20) mal zum Tode. Von den 22 (14) gewaltsamen Todesfällen waren 10 (6) durch Selbstmord verursacht.

Die Wanderungsbewegung endete damit, daß 5014 (4892) Personen zu- und 4827 (4479) fortzogen; also eine Mehrzuwanderung von 187 (413) Köpfen. Dieser Wanderungsgewinn setzte sich fast ausschließlich aus Einzelpersonen zusammen, während z. B. bei den Anstaltsinsassen ein Mehrabzug zu buchen war. Von den einzelnen Berufsgruppen hatten die Berufslosen und unbekannten Berufe mit 184, die freien Berufe mit 101, die Schlosser, Dreher usw. mit 47, die Ingenieure, Techniker usw. mit 31 den größten Wanderungsgewinn, dagegen die Dienstboten mit 85 und die Maler mit 41 den größten Wanderungsverlust. Die Mehrabwanderung ging, wie stets, nach Hamburg, an das wir 186 (207) Personen verloren, während unser Wanderungsgewinn in der Hauptsache, nämlich zu 140 (127) Personen, wieder aus den beiden Mecklenburg kam. Von den Zugezogenen der Monate Juni bis August hatten 33 ein Einkommen von mehr als 3000 Mk, von den Fortgezogenen nur 10.

Der Fremdenverkehr in Hotels, Gasthöfen und Herbergen bezifferte sich auf 28 473 Personen, d. s. 1994 mehr als im Vorjahre.

Vom Grundstücksmarkt ist zu melden, daß 136 (117) Grundstücke mit einem Flächeninhalt von 81 562 (153 092) Quadratmeter für einen Preis von 3 392 880 Mk. (2 692 790 Mk.) in andere Hände übergingen, davon 98 (91) mit einem Flächeninhalt von 50 142 (138 876) Quadratmeter zum Preis von 2 351 356 Mark (2 142 813 Mark) freihändig, die übrigen dagegen im Wege der Zwangsversteigerung. Die 38 (26) zwangsversteigerten Grundstücke waren zur Zeit des Zuschlages mit 1 391 397 Mark (733 331 Mk.) beschwert, auf Grund des Zuschlages mußten davon 542 203 Mark (253 010 Mark) gelöscht werden. Dagegen war der Hypothekenmarkt nur wenig belebt. Neue Posten wurden 318 (364) im Betrage von 1 678 271 Mark (3 429 996 Mk.) eingetragen und Löschungen fanden 321 (288) zum Werte von 1 160 825 Mark (1 174 634 Mark) statt.

Die Bautätigkeit war noch immer gering. An neuen Häusern sind nur 18 (43) und an neuen Wohnungen nur 74 (125) entstanden, Ende September waren nur 54 (69) Wohngebäude im Bau un d die Zahl der beantragten Bauausführungen belief sich gar nur auf 16 (55). Was die Inanspruchnahme der städtischen Betriebe betrifft, so blieb die Wasserabgabe des kühlen Sommers wegen um 126 154 Kubikmeter gegen das Vorjahr zurück, während der Gasverbrauch um 287 330 Kubikmeter und die Stromabgabe des Elektrizitätswerkes um 91 979 Kilowattstunden zunahm. Brände fanden 24 (32), darunter 2 (0) Großfeuer statt; 4 (6) von ihnen waren durch Fahrlässigkeit veranlaßt. Krankenbeförderungen sind 254 (271) mal von der Feuerwehr ausgeführt.

Die Zahl der mit der Eisenbahn beförderten Personen nahm gegen 1911 bei der Lübeck-Büchener um 164 614 zu, dagegen bei der Eutin-Lübecker um 5249 ab; die Einnahmen aus dem Personenverkehr hoben sich jedoch bei beiden Gesellschaften, bei der Lübeck-Büchener um 80 537 Mk. und bei der Eutin-Lübecker um 3928 Mark. Der Güterverkehr nahm dagegen bei der Lübeck-Büchener um 25 257 Tonnen ab und bei der Eutin-Lübecker um 975 Tonnen zu; die Einnahmen aus ihm waren bei der Lübeck-Büchener um 14 593 Mark geringer, hoben sich aber bei der Eutin-Lübecker um 5180 Mark. Die Straßenbahn beförderte 2 645 270 Personen, d. s. 652 283 oder 37,2 Prozent mehr als im Vorjahre und vereinnahmte infolgedessen 78 266 Mark mehr als 1911; doch darf bei Wertung dieser Ziffern nicht vergessen werden, daß die Betriebslänge sich seitdem von 19,65 auf 28,52 Kilometer gehoben hat.

Im Seeschiffahrtsverkehr gingen 1480 (1515) Schiffe mit 298 356 (297 059) Tonnen Tragfähigkeit ein und 1458 (1514) mit 297 487 (304 078) Tonnen Tragfähigkeit aus. Im Flußschiffahrtsverkehr auf der Ober- und Untertrave, der Wakenitz und dem Elbe-Trave-Kanal stellte sich die Zahl der im Hafenplatz Lübeck und in den übrigen Plätzen an der Trave angekommenen Schiffe auf 916 (880) und die der ausgeladenen Güter auf 137 777 (84 793) Tonnen, dagegen die der abgegangenen Schiffe auf 939 (869) und die der von ihnen mitgenommenen Güter auf 97 470 (37 112) Tonnen. Der Binnenschiffahrtsverkehr hat also sowohl der Zahl der Schiffe wie besonders der Gütermenge nach ganz erheblich zugenommen. Die Mehreinfuhr fand vornehmlich in Dungstoffen einschl. Kali, in Steinen und sonstigen Baumaterialien und in Erden und die Mehrausfuhr in Holz- und Schnitzstoffen und -waren, in Eisen und Erzen statt.

Die Zahl der im Schlachthause geschlachteten Tiere belief sich auf 18 114 (18 160), darunter 8268 (8887) Schweine, 4695 (4404) Kühe und Starken, 2146 (2001) Schafe, 1187 (1349) fette und 1062 (733) nüchterne Kälber. Noch immer ist ein Ausfall gegen 1911 zu verzeichnen, doch stellte er sich im 3 Quartal nur noch auf 46 Tiere, während er im 2. nicht weniger als 1149 betragen hatte. Der Auftrieb auf den Viehmarkt belief sich auf 8630 Stück gegen nur 2773 im Vorjahr. Die Lebensmittelpreise im Detailhandel zogen seit Anfang Juli fast sämtlich weiter an. Der Durchschnittspreis im September war u. a. für das Kilogramm beim Rindfleisch von der Keule 1,88 Mark (1,65 Mark), vom Bauch 1,55 Mark 1,37 Mark), Schweinefleisch 1,80 Mark (1,35 Mark), geräucherten Speck 1,95 Mark (1,60 Mark), Eßbutter 2,80 Mark 3,08 Mark), Schwarzbrot 0,25 Mark (0,23 Mark) und Feinbrot 0,33 Mark (0,32 Mark). Anmeldungen zum Gewerbebetriebe sind 184 (155) erfolgt, darunter 72 (61) von Händlern aller Art, 55 (42) von Industriellen und Gewerbetreibenden, 18 (18) von Kaufleuten und 16 (16) von Gast- und Schankwirten. Die Zahl der unter Gewerbeaufsicht stehenden gewerblichen Betriebe (Fabriken, Werkstätten mit Motorbetrieb und Bauhöfe) belief sich am 1. Juli auf 500 (457) und die der in ihnen beschäftigten Arbeiter auf 11 037 (10 350), darunter 2324 (2073) weibliche. Bei den wichtigeren Krankenkassen waren am 1. September 23 945 (22 359) Personen versichert, darunter 5575 (5274) weiblichen Geschlechts.

Die Arbeitsnachweise, die dem Reichsarbeitsblatt monatlich Bericht erstatten, vermittelten 1653 (1634) Stellen, davon 322 (349) an weibliche Personen. Arbeitsgesuche wurden 2886 (3680) mal vorgebracht, an offenen Stellen waren nur 2078 (2117) vorhanden. Die Volksküche wurde wieder stark besucht; sie setzte 33 566 (31 767) Portionen Speise und 16 662 (14 713) Tassen Kaffee ab. Auch der Absatz der Kaffeebuden des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke nahm wieder zu: Tassen Kaffee wurden z. B. 3558, Gläser Milch 2313, Gläser Buttermilch 2274, Tassen Suppe 1496 und Semmel 3066 Stück mehr als im Vorjahr verabreicht. Bei den Sparkassen wurden 400 707 Mark (427 910 Mark) mehr eingezahlt als abgehoben. Das Gesamtguthaben sämtlicher Einleger stellte sich am Schlusse des Quartals auf 31 692 731 (29 932 630) Mark.

Aus der geschlossenen Armenpflege ist zu registrieren, daß das Siechenhaus 74 (80), das Armen-Arbeitshaus 74 (69) und die Krankenstation 101 (61) Personen verpflegte und daß im Asyl für Obdachlose 124 (89) Hiesige sowie 376 Wandernde Aufnahme fanden. Das Polizeiasyl wurde von 462 (505) Personen aufgesucht. Im freiwilligen Arbeitshaus haben nur 31 Personen gegen 140 im Vorjahr gearbeitet. Die Öffentliche Bücherhalle lieh 30 944 Bände aus, d. s. 1063 mehr als 1911. Die Zahl der Besucher der Lesehalle stieg von 17 927 im Vorjahr auf 19 673, also um 1746. Das Stadttheater wurde im September von 7378 (7841) Personen besucht. Auf eine Vorstellung kamen mithin durchschnittlich 492 (523) Besucher. Die Zahl der verpflegten Kranken stellte sich Ende des Quartals im Krankenhaus auf 236 (211) und in der Irrenanstalt auf 302 (285), war also in beiden Anstalten höher als 1911. Ebenso nahm auch die Zahl der Verpflegungstage gegen das Vorjahr zu und zwar im Krankenhaus von 20 449 auf 22 305 und in der Irrenanstalt von 26 472 auf 27 763. Anzeigepflichtige Krankheiten kamen nur 95 (286) zur Anmeldung, von denen 4 (15) einen tödlichen Verlauf nahmen. Scharlach wurde in 47 (61) und Diphtherie in 36 (93) Fällen gemeldet. Beerdigungen haben 357 (385) stattgefunden. Die Zahl der Feuerbestattungen belief sich auf 19 (23). In den Warmbadeanstalten wurden 8651 (9096) Bäder verabreicht. Die Flußbadeanstalten wurden nur von 298 266 Personen, d. s. 96 881 weniger als im Vorjahr, benutzt. Auch die Zahl der Kurgäste in Travemünde blieb mit 8103 um 1041 gegen 1911 zurück. An Steuern und Abgaben endlich gingen 1 680 459, d. s. 40 995 Mark mehr als im Vorjahr, ein.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Nov. 1912. Befördert sind: 1912: 771 486 Personen, 1911: 627 352 Personen, + 144 134 Personen. Eingenommen sind: 1912: 78 967,51 Mk., 1911: 63 137,08 Mk., + 15 830,43 Mk. — Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April 1912 bis 30. Nov. 1912. Befördert sind: 1912: 6 772 225 Personen, 1911: 5 115 576 Personen, + 1 656 649 Personen. Eingenommen sind: 1912: 713 010,50 Mk., 1911: 513 429,33 Mk., mehr 199 581,17 Mk.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Jetzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten" zu agitieren.

b. **Schöffengericht** am 10. Dezember. Einen unschönen Trick hat sich der Arbeitsbursche N. zu eigen gemacht. Er bot sich wiederholt dem Boten einer Buchhandlung zur Hilfe an, die auch dankbar angenommen wurde. An einer Stelle bekam N. 20 Pfg. Abonnementsgeld. Diesen Betrag unterschlug der freiwillige Helfer nicht nur, sondern er ging hin und verlangte vom Boten 1,80 Mark Wechselgeld, denn die Frau habe nur ein Zweimarkstück. Mit dem Gelde machte er sich aus dem Staube. Das gleiche Manöver machte der Angeklagte einige Wochen vorher an einem Boten desselben Verlags. Dafür wurde ihm eine kleine Gefängnisstrafe zuerkannt. Jetzt wird er zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. — Zwei junge Heizer hatten sich auf dem Dampfer „Ostsee" angemustert, machten einige Reisen mit und ließen sich eines Abends Urlaub geben. Von dem kehrten sie aber nicht zurück, angeblich, weil ihnen die Arbeit zu schwer war und sie sich unwohlf fühlten. Der Kapitän schaffte zwar Ersatz, aber dieser kam auch einige Stunden zu spät und im trunkenen Zustande. Das Schiff mußte 16 Stunden seeklar liegen bleiben. Wegen dieses Vergehens gegen die Seemannsordnung wurde gegen beide 1 Woche Gefängnis ausgesprochen. Sie legten hiergegen Berufung ein mit dem Erfolg, daß die Strafe auf je 40 Mark lautet; wenn sie nicht beigebracht wird, muß allerdings die Woche abgesessen werden. Die jungen Heizer hatten sich eines besseren besonnen und waren zum Schiff zurückgekehrt, das jedoch schon in See gestochen war. Dies wird ihnen mildernd angeschrieben. — 30 Mark Geldstrafe muß der Händler B. bezahlen, weil er im angetrunkenen Zustande im Straßenbahnwagen einen Fahrgast belästigte. — Wegen Übertretung des Kinderschutzgesetzes wird der Kaufmann M. zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Arbeiterrisiko. Am Donnerstag, dem 5. Dezember, verunglückte der Schauermann H. Knorr auf dem Dampfer „Svea" dadurch, daß ihm ein umfallender Stapel Bretter auf das Bein stürzte, wodurch er einen komplizierten Beinbruch davontrug. Mittels Sanitätswagen wurde der Verletzte dem Allgemeinen Krankenhause zugeführt.

Halleluja! über die Einführung des schleswig-holsteinischen Gesangbuches in Lübeck an Stelle des lübeckischen verhandelte in ihrer letzten Sitzung die Synode. Es wurde darauf hingewiesen, daß das jetzige lübeckische Gesangbuch viele Mängel aufweise, auch die sogenannten geistlichen Lieder darin fehlen, und daß sich statt eines Neudruckes empfehle, ein neueres Gesangbuch einer anderen Landeskirche zu übernehmen. Die Synode verwies die Angelegenheit zur Prüfung an eine Kommission. — Da können sich die Eltern freuen, die Aussicht haben. Geld für neue Gesangbücher ausgeben zu müssen! Im Publikum hat man übrigens ebensowenig von den „vielen Mängeln" des lübschen Gesangbuches als von den Vorzügen des schleswig-holsteinischen etwas bemerkt.

Hamburg. Ein schweres Schiffsunglück auf der Unterelbe. Wie aus Estebrügge gemeldet wird, hat sich gestern morgen beim Wrack des gesunkenen Dampfers „Vandalia" ein folgenschweres Schiffsunglück zugetragen, dem zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Eine elbabwärts gehende Segelschute trieb gegen die dort errichtete Pfahlgruppe, auf der sich das Wrackfeuer befindet, und erlitt so schweren Schaden, daß sie innerhalb weniger Minuten sank. Der Schiffer Mecklenburg sprang nach dem Zusammenstoß über Bord, um dem ins Treiben geratenen Beiboot nachzuschwimmen und damit seine Frau zu retten, die sich auf dem Segler befand. Er konnte das Boot in der Dunkelheit jedoch nicht erreichen und hörte nur noch den Schrei seiner Frau, die, ebenso wie der an Bord befindliche Knecht, mit dem Fahrzeug unterging. Der Schiffer Mecklenburg wurde später von dem aufkommenden englischen Dampfer „Garresfield" aufgenommen und nach hier gebracht.

Kiel. Unfall eines deutschen Torpedoboots. Das Torpedoboot D 7 wurde Montag nachmittag in der Kieler Föhrde bei Kitzeberg von dem Torpedoboot S 64 beim Anlegen gerammt und erlitt ein Leck im Heizraum, der voll Wasser lief. Einige Leute des Maschinenpersonals wurden bei dem Zusammenstoß leicht verletzt, und zwar der Torpedo-Oberheizer Lessert, sowie die Heizer Brandt, Vogel, Heusinger und Gebhard. Der Zusammenstoß erfolgte, als D 7 Kompasse ordnete. S 64 und S 68 schleppten das beschädigte Boot in die Werft.

Itzehoe. Drei Personen infolge Unglücks an einem Tage gestorben. Sonntag starb auf dem Transport ins Julien-Stift der verheiratete städtische Arbeiter August Bruchhaus. Er war beim Beschneiden eines Baumes aus beträchtlicher Höhe abgestürzt, wobei er einen Schädelbruch und einen Rippenbruch davontrug. — — Durch den Hufschlag eines Pferdes am Unterleib verletzt wurde der Arbeiter Adolph Walther, verheiratet und Vater von acht Kindern. Bei der Operation ist er Sonntag gestorben. — Der 64jährige Arbeiter Jan Mettjes aus Mühlenbarbek, der am Freitag nachmittag, als der Zug kurz vor der Station Mühlenbarbek hielt, aus dem Kupee fiel und erst spät abends aufgefunden wurde, ist durch den Tod von seinen Leiden erlöst worden.

Schwerin. Zarte Rücksicht. Die Niederhaltung der Arbeiterschaft betreibt die Mecklenburg-Schweriner Eisenbahndirektion ganz systematisch, wie das nachstehende Geheimzirkular beweist. Es ist von dem Hauptdirektorium (Zentralvorstand) des „Patriotischen Vereins" (eine Interessenvereinigung der mecklenburgischen Agrarier) an die Zweigvereine gerichtet und lautet folgendermaßen:

Die Großherzogliche Eisenbahndirektion hat dem Hauptdirektorium nachstehende Mitteilung gemacht:

Gelegentlich wird in landwirtschaftlichen Kreisen geklagt, daß die Eisenbahnverwaltung ihren im Bahnunterhaltungsdienst beschäftigten Streckenarbeitern zu hohe Löhne zahle und dadurch auch die Löhne für die Landwirtschaft steigere, während andererseits die bei der Eisenbahnverwaltung beschäftigten Streckenarbeiter, wenn sie um Lohnerhöhung einkommen, sich darauf zu berufen pflegen, daß sie anderweitig, insbesondere auch in landwirtschaftlichen Betrieben mehr verdienen könnten.

Wir sind bestrebt, bei Bemessung des Streckenarbeiterlohns in denjenigen Bahnmeisterbezirken, die hauptsächlich ländliche Arbeiter beschäftigen, Fühlung mit den Verhältnissen in den betreffenden ländlichen Kreisen zu behalten, doch besteht nicht selten Verlegenheit hinsichtlich der Auskunftsstelle, von der der Eisenbahnverwaltung ausreichend zuverlässige Mitteilung über die von den Landwirten gerade gezahlten Löhnen gemacht werden könnten.

Wir fragen deshalb ergebenst an, ob der Mecklenburgische Patriotische Verein in der Lage ist, diese Auskunft über die Löhne in den einzelnen Distrikten des Vereins durch seine Organe zu geben. Bejahendenfalls ersuchen wir, die Herren Distriktsdirektoren oder Distriktssekretäre zu veranlassen, auf bezügliche Anfragen unserer Bauinspektionen oder Bahnmeister die fragliche Auskunft zu erteilen.

Das Hauptdirektorium ersucht die Distriktsvorstände, die Anfragen der Eisenbahnbehörden zu beantworten, die ganze Angelegenheit aber streng vertraulich zu behandeln.

Das Hauptdirektorium.
M. Rettich.

Aus Liebe zu den Junkern strebt die Mecklenburgische Eisenbahndirektion also danach, die Löhne „ihrer" Streckenarbeiter niedrig zu halten. Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben und nicht wähnen, beim Fortgang aus den Junkergefilden als Eisenbahnstreckenarbeiter ein paar Pfennige mehr Lohn erhalten zu können. Zum zweiten hat das Verfahren der Eisenbahndirektion für sie den Nutzen, daß sie die Wünsche der Streckenarbeiter auf Lohnaufbesserungen mit den niedrigen Löhnen in der Landwirtschaft — die sie selbst verursacht hat! — abspeisen kann. Hätte Mecklenburg eine Volksvertretung, dann sollte diese empörende Maßnahme dort genügend gebrandmarkt werden. So muß die Reichstagsfraktion den Skandal bei der Beratung des Titels: Reichseisenbahnverwaltung zur Sprache bringen!

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Der Bajazzo, Oper in 2 Aufzügen von Leoncavallo. Gestern wirkten in der Aufführung dieser Oper zwei Gäste mit, von denen der Zettel nicht sagte, woher der Fahrt, noch welche Absichten mit ihrem Auftreten verbunden waren. Sind die beiden fremden Sänger nur gekommen, um die Aufführung zu ermöglichen, so gebührt ihnen zwar Dank, aber es war doch wirklich nicht notwendig, unter allen Umständen gestern gerade den „Bajazzo" zu geben, wenn heimische Kräfte nicht zur Verfügung standen. Handelt es sich aber um Engagementsgastspiele, so mußte das auch gesagt werden. Den Canio sang Herr Black, der erst kürzlich in „Traviata" bewiesen hatte, daß er über gute Stimmittel und eine ausreichende Gesangstechnik verfügt. Als Canio fehlte seinem Gesang die erforderliche dramatische Kraft; vielleicht hemmte eine gewisse Befangenheit den Künstler, der diese Partie überhaupt erstmalig und ohne Orchesterprobe gab, in der vollen Entfaltung seines Könnens. Auch die Aussprache war vielfach undeutlich. Den Silvio sang Herr Tauber mit leidlich hübschem Organ, ohne zu besonderen Bemerkungen nach irgend einer Richtung Veranlassung zu geben. Der bisherige Vertreter dieser Partie, Herr Holmquist, ist stimmlich weit bedeutender. Die vortrefflichen Leistungen des Herrn de Garmo als Tonio und der Frau Schmidt (Nedda) sicherten der gestrigen Vorstellung in der Hauptsache das Interesse des Publikums.

Zum Schluß noch eins: Das Hamburger Fremdenblatt berichtet gestern, ein junger lyrischer Bariton namens Spilcker, Schüler von Gribb, sei für die Lübecker Oper engagiert. Es handelt sich sicherlich um einen Anfäger. Auch die Gäste aus dem „Bajazzo" scheinen noch keine längeren Bühnenerfahrungen gesammelt zu haben. Dazu kommen noch diverse junge Kräfte, die augenblicklich an unserer Oper ihre ersten Versuche machen. Wenn es auch gewiß nicht ohne Reiz sein mag, junge Talente sich entwickeln zu sehen, so darf doch an der Lübecker Oper, für die aus Staatsmitteln alljährlich große Zuschüsse geleistet werden müssen, nicht das Anfängertum überwuchern. Dahin scheint aber die neueste Entwicklung zu führen. Und darauf das Augenmerk zu lenken, erscheint nicht ganz überflüssig. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Malerlehrling

zu Ostern gesucht. (5395
E. Scharnhorst, Füchtingstr. 17.

Zimmer zu vermieten.

5765) Friedenstraße 60, II.

Zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten empfiehlt sich **Georg Neumann, Schuhmacher, Gr. Kiesau 12.** (5749

Ein Zimmer für einen jungen Mann, mit morgens Kaffee, pro Woche 2 Mk. Wakenitzmauer 148,
5746) bei der Glockengießerstr.

Gesucht zum 1. April eine Zwei-Zimmer-Wohnung von Leuten mit einem Kind. Holstentor bevorzugt, in der Nähe von Thiel. Offerten unter **A G Z** an die Exp. d. Bl. (5747

Spottbillig zu verkaufen „Die Frau als Hausärztin", 2 Bände, großart. Weihnachtsgesch., sow. 1 gr. Reisekoffer. Fleischhauerstr. 8, part.

Gr. Kinder-Theater

mit Kostüm-Figuren, viel. Zubehör zu verk. (5761) Hansastr. 31 a. part.

Zu verkaufen 3 ff. Tafelrohrstühle, bill., 1. gr. Hängelampe, 6 Mk., 1 Gummiwagen, billig.
5754) Füchtingstraße 8.

1 fast neues Schaukelpferd, 1 Chaiselongue, 1 große Hängelampe billig zu verkaufen.
5750) Margaretenstr. 17 a, part.

Ein Fahrrad mit Freilauf für 32 Mk. zu verkaufen. Abends v. 6½ Uhr.
5748) Hundestraße 90, I.

Zu verkaufen 1 Kinder-Zither, 1 Postkarten-Album, div. Geschichtenbücher. (5745) Karpfenstr. 15 a.

Gut erhaltener Trauerhut (Krepp) und 2 altertümliche Bilder zu verk.
5744) Bei der Lohmühle 17.

Zu verkaufen ein gut erhalt. Sitz- und Liegewagen auf Gummi und Nickel, fast neues Schutzfell u. Küferjacke, passend für Küferlehrling.
5743) Zu erfragen Hövelnstr. 20, I.

Zu verkaufen Speicher, Pferdestall, Puppenstube und Puppenbettstelle
5741) Johannisstraße 9. III.

Passendes Weihnachtsgeschenk:
1 neues Herren-Fahrrad zu verkaufen. Preis 100 Mk. (5740
G. Lange, Schwartauer Allee 123.

Gut erhalt. Puppenwagen

zu verkaufen. Preis 3.50 Mk.
5739) Gneisenaustraße 18.

Hotel-Röcke und Gummirock, Ende und Bling zu verkaufen.
5738) Wachsmuth-Allee 19 a, I.

Zu kaufen gesucht ein gut erhalt. Schaukelpferd, mittelgroß. Angebote mit Preis unter **S S 66** an die Expedition d. Bl. (5736

Zu kaufen gesucht

einen kleinen Kanonenofen

5735) Reutterstraße 4c.

Eine Geige für Anfänger zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **H W 30** an die Expedition d. Bl. (5734

Der Betreffende, welcher am Sonnabend abend vom Gewerkschaftshaus versehentlich einen Schirm mitgenommen oder verlaufen hat, wird gebeten, denselben im Gewerkschaftshaus wieder abzuliefern. (5757

Den werten Damen zur Kenntnis, daß ich **Johannisstraße 47** einen
Damen-Frisiersalon
eröffnet habe. **Frisur 60 Pfg.**
Hochachtungsvoll **M. Brede.**

Weine, Spiritusen u. Liköre

in jeder Preislage
5707) empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (190

Niedliche

Puppenstubentapeten

in vorzüglicher Auswahl
empfiehlt
Marli-Drogerie
Wilhelm Schwarzschild.

Hasenfelle

Reein. Marder, Iltis, Fuchs usw., sowie Pferdehaare kauft zu höchsten Tagespreisen. (4725
D. Wagner, Heiligenstr. 8.

Die Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

empfiehlt zum **bevorstehenden Weihnachtsfeste:**

: Braune Kuchen :
Platen- u. Topfkuchen

sowie

braune u. weiße Pfeffernüsse

in bekannter Qualität.

Unsere Niederlagen halten hiervon stets Lager, auch nehmen dieselben schon jetzt Bestellungen zum Feste entgegen.

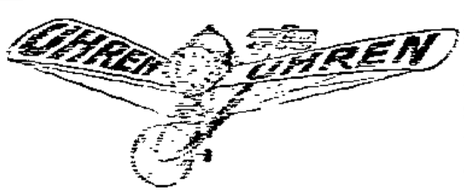
Gleichzeitig empfehlen unser **nur aus bestem Roggen- und Weizenmehl hergestelltes**

Grob- und Feinbrot,
Gemengtes und Korinthenbrot

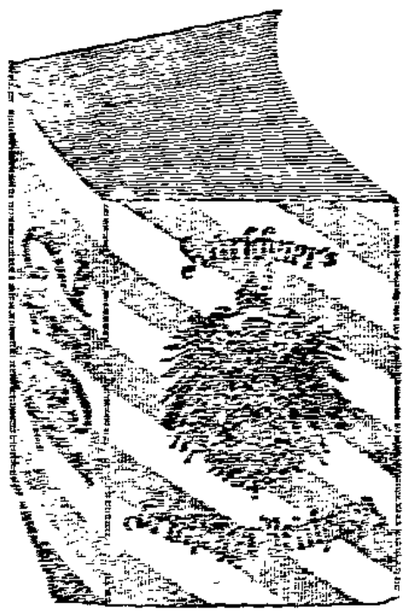
sowie alle sonstigen **Backwaren.**

5751 **Der Vorstand.**

118



Th. Seidel, Marienstr. 2a.



Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Achtung Radfahrer! (4341
Schmidts Prima Löwenpneumatic
ist das beste und billigste.
Karbid zu billigsten Tagespreisen.
[illegible], Johannisstr. 1.

Achtung!
Oeffentl. Versammlung

aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen
am Mittwoch, dem 11. Dezember,
abends 8½ Uhr
im Lokale des Herrn Ohde, Gesellschaftsh. Monopol,
Johannisstraße 25.

Hiermit sind auch die männlichen Personen freundlichst eingeladen. 5767 Die Einberuferin.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1913

ist erschienen und seines reichhaltigen und guten Inhaltes wegen jedem unserer Leser sehr zu empfehlen.

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter

kostet Pfd. **1.50** Mk. (5442

Holsten-Meierei

Wickedestraße 44
2025) **Fernruf 2336**
empfiehlt täglich frische
ff. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Pimpkäse. Spezialität: **Kochkäse.**

Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 11. Dezbr.
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen Radden: Thema: „Der Fluch arm zu sein".
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Abrechnung vom Wintervergnügen
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
5758) **Die Ortsverwaltung.**

Naturfreunde!
Versammlung

Mittwoch abend.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
5753) **Der Vorstand.**

Gasthof 3 Kronen

Kolk 6. Inh.: Martin Fischborn.
Gr. Ausspiel. u. Verknobeln
von Weihnachtskarpfen, fetten Gänsen u. Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Mittwoch, 11. Dezember.
Anfang morgens 10 Uhr.
Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
5764 **Martin Fischborn.**

Kalnbergs Variete.

Humor. Programm
5690) mit der Lokalposse
Unter Polizei-Aufsicht.
Beginn 8 Uhr. — Entree 20 Pfg.

Hansa-Theater.

Anfang 8¼ Uhr.
Der grösste Lacherfolg
Harry Bienenstein
in den neuen Burlesken.
Nobless auf Plüsch.
Frühlingserwachen
ausserdem
die hervorragenden Spezialitäten
mit **Ludwig Puls.**
Neues Repertoir. (5760
Vorzugskarten gültig.
Ab 11 Uhr:
Kabarett.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, den 11. Dezember 1912.
Außer Abonnement. Mittelpreise.
Autoliebchen.
Burleske Operette v. Jean Gilbert.
Anfang 8 Uhr. Ende 10¾ Uhr.

Donnerstag, den 12. Dezember.
74. Vrst. i. V.-A. 13. Vrst. i. Donnerst.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
Die fünf Frankfurter
Lustspiel von Carl Rößler.
Hierauf: (5752
Militärfromm
Genrebild von G. v. Moser und G. v. Trotha. Mittelpreise.

In Vorbereitung: **Der Schmuck der Madonna.**
Oper von Wolf-Ferrari.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 289. Dienstag, den 10. Dezember 1912. 19. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

81. Sitzung. Montag, 9. Dezember.
Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. Lisco, Kühn.

Der Gesetzentwurf über den Zusammenstoß von Schiffen sowie über die Bergung und Hilfeleistung in Seenot wird in dritter Beratung debattelos angenommen.

Dann wird die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Verkehr mit Leichtöl (Petroleumvertriebsmonopol) fortgesetzt.

Graf v. Westarp (K.): Wir stehen dem Gedanken des Gesetzentwurfs sympathisch gegenüber. Unter keinen Umständen darf aber eine Verteuerung des Petroleums eintreten. (Hört, hört! links.) Ob wir dem Entwurf werden zustimmen können, hängt von seiner Gestaltung in der Kommission ab. Gegen die Verquickung der Vorlage mit der Veteranenbeihilfe haben wir grundsätzliche Bedenken; wir können Reichssteuern für bestimmte Zwecke nicht billigen. Wenn wir uns auch in der Fürsorge für die Veteranen von niemandem übertreffen lassen (Zust. rechts.), so kann uns diese Frage doch nicht beeinflussen bei der Prüfung des vorliegenden Entwurfs. (Bravo! rechts.)

Rupp (Wtsch. Vgg.) schließt sich in bezug auf die Veteranenfürsorge dem Vorredner an und behält sich die schließliche Stellungnahme seiner Freunde bis nach der Kommissionsberatung vor.

Dr. Frank (SD.): Das Ergebnis der gehörten Leichenreden (Htkt.) ist: für die Grundlagen dieses Entwurfes ist im Reichstag nicht bloß keine Mehrheit, sondern nicht einmal eine Minderheit zu finden (Htkt.). Die Regierung hat das Kunststück fertig bekommen, ihre natürlichen Hilfstruppen in das gegnerische Lager zu treiben. Ich meine, die paar hunderttausend Kleinhändler, die seit Jahrzehnten unter der schweren Hand der Standard Oil Company zu leiden haben; dadurch, daß ihnen eine Ausgabe von 30 oder 40 Mk. zur käuflichen Uebernahme der Anlagen zugemutet wird, die ihnen die Standard Oil Company bisher unentgeltlich lieferte und reparierte, hat die Regierung diese meist unbemittelten kleinen Leute gegen sich mobil gemacht. Das einzige, was zugunsten der Vorlage spricht, ist unabhängig von der Regierung vorgebracht worden. Es ist die raffiniert geschickt organisierte Gegenorganisation der Standard Oil Company und ihrer Abnehmer. Sie beweist, was für einen gefährlichen Gegner wir vor uns haben und daß die Standard Oil Company von der Vorlage eine Interessenschädigung erwartet. Aber die Vorlage kann sehr gut die Standard schädigen und gleichzeitig

die Konsumenten schädigen,

ohne dabei aber einem Dritten nützen, nämlich der Gruppe der Deutschen Bank.

Die Debatte hat aber auch das positive Resultat gehabt, daß der Reichstag einmütig in der Standard Oil Company eine schwere Gefahr für unser wirtschaftliches Leben sieht, und diese Erkenntnis ist durchaus nicht chauvinistisch oder nationalistisch gefärbt. Wir alle sehen in der Standard Oil Company die Gefahr, nicht weil es sich um eine amerikanische Firma handelt, sondern um ein Privatmonopol, das uns zu erdrücken droht. Die Konsequenz wird sein, daß wir auch die andern Privatmonopole, das Kohlensyndikat, den Elektrizitätstrust mit allen gesetzgeberischen Mitteln bekämpfen müssen. Eine entschiedene Mehrheit ist im Reichstag auch dafür vorhanden, daß das Reich selbst ein wirkliches Reichsmonopol für den Petroleumhandel einrichtet, wenn der Zweck dabei wirklich die Verbilligung des Petroleums und nicht eine verschleierte neue indirekte Steuer ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.). Wenn die Regierung mit ihrem Gegengrunde recht hätte, daß Reichsbeamte ein solches Monopol nicht leiten könnten, dann wäre auch die Vorlage gerichtet. Man darf die Herrschaft des Rockfellertrusts nicht durch die Herrschaft der Deutschen Bank ablösen. Eine Bank ist da, um Geschäfte zu machen, und kann nicht die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmen (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Herr Reichsschatzsekretär hat sich dagegen verwahrt, soweit das bei ihm möglichst ist, sogar leidenschaftlich (Htkt.), daß der Entwurf bewußt im Interesse einer bestimmten Bank ausgearbeitet sei. Den guten Glauben billige ich selbstverständlich der Regierung zu, aber fühlt denn der Staatssekretär nicht, wie bedenklich diese Entschuldigung klingt. Hat denn die Regierung gar nicht gemerkt, daß der Entwurf auch nicht anders hätte ausfallen können, wenn er direkt im Bureau der Deutschen Bank gemacht worden wäre. Ich erinnere nur an die 10 Millionen Namensaktien, die der Deutschen Bank und ihren Freunden dasselbe Stimmrecht geben, welches die 50 Millionen Inhaberaktien haben. Erfreulich ist die Entschiedenheit, mit der alle Parteien den Versuch zurückgewiesen haben, die Schwächen der Vorlage unter einem sozialpolitischen Mäntelchen zu verbergen. Als beim Zolltarif die Witwen- und Waisenversicherung eingefügt wurde, klang die Sprache der Herren ganz anders. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich freue mich, daß das Haus jetzt zu einer besseren Einsicht gekommen ist, und

eine geschlossene Front

bildet in der Ueberzeugung, daß ein schlechtes Gesetz dadurch nicht gut wird, daß man für die Ueberschüsse zum Schluß einen guten Zweck einsetzt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Erfreulich ist ferner, daß alle Parteien und auch die Regierung den Grundsatz einer Entschädigung für die Angestellten jetzt anerkennen. Als wir das bei der Reichsfinanzreform verlangten, wurde das zurückgewiesen und von der „Deutschen Tageszeitung" als demagogisch gebrandmarkt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Aber nicht nur die Angestellten müssen entschädigt werden, sondern auch die Arbeiter. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ferner muß Vorsorge getroffen werden, daß für diejenigen Angestellten, welche von der Vertriebsgesellschaft übernommen werden, keine Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen eintritt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch für die Angestellten im engeren Sinne ist der Kreis der Entschädigungspflichtigen zu erweitern. Unhaltbar ist auch die Klasseneinteilung für die Entschädigungspflichtigen, nach der z. B. ein 26jähriger, der 4 Jahre im Geschäft ist, die Hälfte seines Gehalts als Entschädigung bekommt, ein 24jähriger dagegen, der 8 Jahre im Geschäft ist, garnichts. Die Kommission, an die die Vorlage geht, gleicht der Höhle des Löwen, es führen viele Spuren hinein, aber keine wieder heraus. Man kann bedauern, daß der erste größere Versuch, ein Privatmonopol zu brechen, wahrscheinlich scheitern wird. Wenn die Regierung sich jetzt am Petroleum die Finger verbrennt (Heiterkeit), so mag sie in Zukunft vorsichtiger sein und mit den Parteien Fühlung nehmen. Der

Kampf gegen die Übermacht des Privatmonopols

darf nicht aufhören, sondern wird und muß energisch in den nächsten Jahren geführt werden, aber er würde aufs schwerste kompromittiert, wenn er mit einem Gesetz begönne, das unter der Flagge des Reichsmonopols ein neues Privatmonopol schafft. Gerade deshalb sind wir gegen diesen Entwurf! (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Colshorn (Welfe) wünscht, daß die Kommission recht schnell arbeiten möge; vor allem müssen die Interessen der kleinen Leute besser gewahrt werden, als es durch die Vorlage geschieht.

Erzberger (Z.): Wenn die Regierung den Kampf gegen die Privatmonopole aufnehmen will, warum bringt sie uns nicht ein Kartellgesetz, das der Reichstag doch einstimmig verlangt hat. In diesem Entwurf steckt der ganz ungesunde Gedanke, etwas monopolisieren zu sollen, was man nicht hat. Irgend eine Garantie, daß die St. O. C. von der Petroleumlieferung für Deutschland ausgeschlossen werden kann und daß die Preise billig gehalten werden können, kann die Regierung nicht übernehmen. Im Gegenteil, eine Ausschaltung der St. O. C. ließe sich nur mit ungeheuren Opfern erkaufen, was eben zu einer Verteuerung der Preise des Petroleums und damit zugleich auch der für Benzin und Schmieröl führen müßte. Schofel ist die Behauptung des „Berliner Tageblatts", das Zentrum sei nur deshalb gegen die Vorlage, weil der Leiter der St. O. C. einige 1000 Mk. für die Zentrumskasse gezahlt hat. Die Verquickung der Vorlage mit der Veteranenfürsorge lehnen wir rundweg ab. (Beifall im Zentr.)

Reichsschatzsekretär Kühn: Daß die etwaigen Überschüsse für die Veteranenfürsorge verwendet werden sollen, steht völlig in Parallele mit der Bestimmung, daß die Überschüsse der Getreidezölle für die Witwen- und Waisenversicherung Verwendung finden sollen. Daß auch Arbeiter entschädigt werden, ist durch die Fassung des Gesetzes keineswegs ausgeschlossen. Das Gesetz ist zwar schon totgesagt, doch tröste ich mich damit, daß alle Redner Anregungen für die Kommissionsberatung vorgebracht haben.

Marquardt (NL.) erörtert Einzelheiten der Entschädigungsbestimmungen für die Angestellten.

Trendel (Z.) spricht über das Interesse von Regensburg am Petroleumhandel.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Bruhn (Ant.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Ein Antrag Albrecht (SD.) verlangt Ungültigkeitserklärung.

Stadthagen (SD.): Auch die Kommission hat anerkannt, daß in der Verbreitung eines von 11 Amtsvorstehern unterzeichneten Flugblattes, das sich gegen Liberale und Sozialdemokraten richtet, eine unzulässige amtliche Wahlbeeinflussung liegt. Die Kommission hat aber lediglich die in den betreffenden Bezirken auf Bruhn entfallenden Stimmen ihm abgezogen und nicht berücksichtigt, daß durch die Beeinflussung viele vom Stimmen für die liberalen und sozialdemokratischen Kandidaten zurückgehalten sind. Berücksichtigt man dies, so wäre Bruhn gar nicht in die Stichwahl gekommen. Deswegen muß seine Wahl kassiert werden.

Pfleger (Z.): Bisher sind immer nur bei amtlichen Wahlbeeinflussungen dem betreffenden Kandidaten Stimmen abgezählt worden, dagegen niemals anderen Kandidaten irgendwelche zugezählt. Täte man das, so käme man ja auch zur reinen Willkür.

Werner-Herzfeld (Ant.) schließt sich dem Vorredner an.

Stadthagen (SD.): Bei der Rückständigkeit, die in Preußen herrscht, werden durch amtliche Wahlbeeinflussung viele Leute vom Stimmen zurückgehalten. Zahlenmäßig genau läßt sich natürlich nicht angeben, wieviele. Daß es aber geschieht, ist leider zweifellos, und es reichen sehr wenige Stimmen aus, damit Bruhn garnicht in die Stichwahl gekommen wäre. Deswegen muß seine Wahl kassiert werden.

Schwarze-Lippstadt (Z.), auf der Tribüne unverständlich, tritt für die Gültigkeit der Wahl ein.

Fischer (SD.) erinnert an die Kassierung der Wahlen von Braun und Buchwald, wo amtliche Beeinflussung gegen die siegreichen Sozialdemokraten geführt war. Um wieviel mehr muß also die Wahl Bruhns kassiert werden.

Die Wahl wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einzelner Freisinniger für gültig erklärt.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Kleine Anfragen, Interpellationen.)

Schluß: 6½ Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 9. Dezember.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min. Er bittet die Kommissionen um ihre Berichte bis zur nächsten Sitzung.

1. Antrag: Erlaß eines neuen Gesetzes, betreffend die Gewährung von Entschädigun-

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(10. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Als der Pfarrer mit seinen Gästen die Treppe hinaufstieg, sagte er:

„Diesen Herren Arbeitern ist die gottesfürchtige Bescheidenheit, die ihnen ziemt, längst abhanden gekommen; sie wagen es sogar, einem Geistlichen offen zu widersprechen. Welch ein sündiger Hochmut! Der Herr Zebaoth wird ihn dafür strafen!"

Herminen lag die Antwort auf der Zunge, daß bei frommen Leuten auch manchmal wenig Demut vorhanden sei, aber sie bezwang sich und blieb freundlich gegen den Gastgeber. In ihrem Innern aber war sie empört, daß man ihren Retter so verunglimpfte, und er erschien ihr nur noch männlicher und tapferer durch seine Tat, die wirklich eine heldenhafte Tat war.

Ob sie auch an die Küsse dachte, die sich der Retter von ihren Lippen genommen? Und was sie dabei dachte? Wer mag in ein Mädchenherz sehen? Aber sie tat in dieser Nacht kein Auge mehr zu, und am andern Morgen sah sie aus, wie jemand, der nach langem schweren Seelenkampfe einen unwiderruflichen Entschluß gefaßt hat.

Auf dem Brandplatze ward es nicht sobald leer, denn der gerötete Himmel hatte die Feuersbrunst weithin verkündet und eine Menge Menschen angelockt. In Gruppen standen sie zusammen und plauderten, immer noch im dürftigsten Kostüm, denn die Bäuerinnen, die am Tage der Hitze wegen vielfach im bloßen Hemd auf dem Felde arbeiten, genierten sich nicht sonderlich, in ebenso mangelhafter Bekleidung auch einer nächtlichen Feuersbrunst zuzusehen. Während eine Anzahl Männer in den Trümmern des Hauses nach den verunglückten Wirtsleuten gruben, nahm bei den leichtfertigen Bauernburschen gleich nach der Katastrophe wieder der Mutwille überhand, und sie trieben allerhand grobe Späße mit den mangelhaft bekleideten Mädchen. Da und dort hörte man einen Schrei oder ein lautes Kichern, wenn die Späße etwas gar sehr handgreiflich wurden.

Schließlich kam auch der Ortsvorsteher mit dem Nachtwächter und mit der Handspritze an. Der Brave hatte den Schlüssel zu der Kammer des Rathauses, wo die Spritze verwahrt gewesen, nicht finden können; dann war auch das Schloß verrostet und schwer zu öffnen, und endlich kam der Nachtwächter, ein schwächlicher Invalide, mit der Handspritze nur langsam vorwärts, gleichwie sein Sohn, ein Knabe, der keuchend die einzige Feuerleiter heranschleppte.

Als die Menge diese improvisierte Feuerwehr herankommen sah, brach sie in ein Gelächter aus.

„Ho ho!" sagte ein Bauer, „wenn es auf Euch angekommen wäre, so hätten die Weibsleute aus der Stadt droben können verbrennen, wie die Wirtsleute unten."

Der Nachtwächter hüllte sich beleidigt in seine amtliche Würde.

„Die Obrigkeit kann nicht immer zur Stelle sein", erklärte er, „und ein Feuer ist leichter angezündet als ausgelöscht."

„Ihr glaubt doch nicht, daß einer das Feuer angelegt hat," rief es aus dem Haufen.

„Was kann man wissen?" antwortete der Nachtwächter giftig. „Es treibt sich zurzeit so viel fremdes Gesindel in der Gegend umher."

Der Stich traf den braven Jörg; er fühlte, daß man den Rettern gram war ob des Lobes, das sie eingeheimst, da sie Ortsfremde waren.

„Da haltet das nächstemal Eure Augen offen, alte Schlafhaube," rief Jörg zornig, „dann könnt Ihr sehen, wer Feuer anlegt, und braucht niemand ungerecht zu beschuldigen."

„Ich hab' Augen und Ohren auf," erwiderte der Nachtwächter, „sonst hätt' ich nicht schon gehört, wie der Tischler das fremde Fräulein an sich gedrückt, als er sie heraus getragen hat; der meint wohl schon, das reiche Stadtfräulein sei in ihn verschossen. Ja, prost Mahlzeit, die will höher hinaus und eines Dorfschneiders Sohn ist ihr zu wenig."

„Ihr seid ein Narr, aber ein boshafter Narr, und Ihr könnt mich nicht beleidigen," sprach Fritz Born ruhig und verließ den Platz; Jörg aber brauste auf und rief:

„Wer weiß, ob in Eurem Dorf eine vorhanden ist, die für den Fritz Born gut genug wäre! Der hat denn doch mehr Witz im Kopfe als Ihr alle miteinander!"

„Hoho!" rief es da, „gerbt ihm das Fell, dem Prahler, dem Großmaul!" Die Burschen schrieen durcheinander und die Bäuerinnen und Mädchen räsonnierten. Schon machten einige Miene, den Jörg zu packen.

Der Ortsvorsteher aber trat gebietend dazwischen.

„Nur keine Raufhändel!" rief er. „Du, Jörg, hälst Dein ungewaschenes Maul und kannst anderswo mit Deinem Tischler prahlen; Ihr aber geht jetzt nach Haus. Wir haben schon Unglück genug im Dorf mit dem Brand und brauchen nicht auch noch Messerstiche und eingeschlagene Rippen, daß unser Ort in schlechten Ruf kommt. Und ihr Weibsleute macht, daß ihr wieder ins Nest kommt und nicht mehr im Hemd auf der Straße herumlauft. Sonst hat der Herr Pfarrer am nächsten Sonntag gleich wieder was zu predigen wider den leichtfertigen Lebenswandel in Stitzenbach!"

Viertes Kapitel.

Es bricht durch.

Den nächsten Morgen saß Fritz Born in seinem bescheidenen Stübchen in einem der kleinen Wirtshäuser des Dorfes, eifrig mit Zeichnungen beschäftigt. Auch er hatte die Nacht kein Auge mehr zugetan. Welche Gedanken waren ihm durch den Kopf gegangen! Bald hatte er sich in stolzen Träumen gewiegt und es war wie ein seliges Vorahnen nie gekannten Glücks über ihn gekommen, bald war es wie ein giftiger Mehltau auf all die zarten Blüten seiner Hoffnungen gefallen. Zum erstenmal regte sich in ihm ein Gefühl des Neides. Warum hatte ihn das Schicksal nicht Geld und Gut beschieden, so daß er frank und frei vor Hermine hintreten und ihr die Glut seiner Seele offenbaren konnte, ohne befürchten zu müssen, daß sie spottend auf seine schwieligen Hände deutete und ihn kurz abwies? Und doch glaubte er mit Recht stolz sein zu dürfen, daß er sich durch ehrliche Arbeit seinen Unterhalt schuf in dieser verkehrten Welt, wo so viele auf Kosten anderer leben und dafür noch besonders geehrt sein wollen.

Dieser Meyer! Ihn hatte die Laune des Geschicks mit Glücksgütern verschwenderisch überschüttet.

Aber Fritz Born fand solchen Neid kleinlich und kämpfte ihn mannhaft nieder, als ein Dienstmädchen ihm jetzt die freundliche Bitte brachte, nach dem Pfarrgarten zu Frau und Fräulein Tychsen zu kommen. Sie würden selbst zu ihm gekommen sein, ließen die Damen sagen, wenn nicht die Tante sich außerordentlich schwach gefühlt hätte.

Fritz machte sich sogleich auf den Weg und begegnete Herrn Meyer, der auf einem Jagdwagen in scharfem Trab einherfuhr. Der erste Kaufmann von Wendelheim war im Begriff, Stitzenbach zu verlassen. Er warf dem Tischler, der doch auch ihm das Leben gerettet, im Vorbeifahren einen düsteren Blick zu, den Fritz Born mit einem Lächeln der Gelassenheit erwiderte. Meyer mochte in Stitzenbach nicht länger bleiben, denn wie sehr von sich selbst eingenommen er auch war, so konnte er sich doch nicht verhehlen, daß er neben dem Tischler keine glänzende Rolle gespielt hatte. Er mochte in diesem Augenblick nicht vor Herminens Augen treten und er fürchtete ihren Spott. Da sollte erst noch einige Zeit verstreichen und so eilte der gute Sohn zu seiner Mutter nach Hause.

Fritz empfand eine gewisse Genugtuung, als er den jungen Mann, dessen Feindschaft er wohl verstand, so schnell vom Schauplatz verschwinden sah. Aber je näher er dem Pfarrhause kam, desto mehr wuchs seine Beklommenheit.

Er suchte sich in eine gleichgültige Stimmung zu versetzen.

gen an die im städtischen Feuerwehrdienste Erkrankten und Verunglückten sowie an deren Witwen und Waisen.

Förster hält die vorgesehenen Entschädigungen für zu niedrig. Das Unfallversicherungsgesetz könne man nicht in Vergleich ziehen. Die Feuerwehrleute müßten mit ihrem Leben einstehen und bedürften der vollen Entschädigung. Redner beantragt Kommissionsberatung.

Senator Dr. Neumann: über die vorgesehenen Sätze hinauszugehen, hält der Senat nicht für nötig.

Prösch (Harmsdorf) kommt auf die eventuellen Unfälle auf dem Lande zu sprechen und stellt eine Anfrage.

Senator Dr. Neumann findet keinen Zusammenhang des Vorgebrachten mit der Vorlage.

Hoff: Nicht allein die Entschädigung kommt in Frage, sondern der Rechtsanspruch. Die Entscheidung des Senats soll endgültig sein. Es kann einmal nicht angängig sein, auf der einen Seite ein Recht auf Rente zuzugestehen und auf der andern die Möglichkeit des Rechtsweges zu beschneiden. Ungerecht ist auch die Entziehung der Rente bei Feuerwehrleuten, die nach dem Unfall im Auslande leben wollen. Sie sind dadurch gegenüber andern Erwerbstätigen im Nachteil. Das Bezugsrecht muß ihnen gewährleistet bleiben. Es werden nur wenig derartige Fälle vorkommen, und besser ist es deshalb, diesen Absatz aus der Vorlage ganz herauszunehmen. Er hat keinen Zweck und führt höchstens zur Schikane. Daß andern Beamten die Pension nicht mit vollem Gehalt angerechnet wird, kann hier nicht in Vergleich gezogen werden. Hier handelt es sich um Feuerwehrleute im Vollbesitze ihrer Kraft, während beim Beamten, der pensionsfähig ist, die Arbeitskraft ausgenutzt ist. Dieser kann mit vermindertem Einkommen sich einrichten, während der verunglückte Feuerwehrmann — sowieso schon der schlechtentlohnteste Beamte — eine große Familie zu ernähren hat. Dieser gerät bei einem auf zwei Drittel reduzierten Gehalt in Not. Eine allzu große Belastung des Staates tritt dadurch nicht ein, daß im Beruf verunglückten Feuerwehrleuten das volle Gehalt bezahlt wird. Nach dem Bericht kommen solche Unfälle selten vor. Wenn auch in andern Berufen die volle Entschädigung nicht üblich ist, eine Ungerechtigkeit liegt einmal darin, wenn ein im Dienste zu Schaden Gekommener neben der Arbeitskraft auch noch ein Drittel seines Lohnes einbüßt. Die Leute können für Zeiten der Not und Krankheit nichts zurücklegen. Überweisen sie die Vorlage einer Kommission, der ich dann meine Anträge übermitteln werde.

Senator Dr. Neumann: Die Feuerwehrleute werden durch das Gesetz entschieden besser gestellt als früher. Diesen Fortschritt sollte man anerkennen. Für den Fall der Dienstunfähigkeit erhalten sie vom ersten Tage an die 66⅔ Proz. Rente, während ein anderer Beamter erst recht spät in den Genuß der vollen Pension gelangt. Den Rechtsweg einzuführen, trage ich kein Bedenken; legt die Bürgerschaft Wert darauf, dann kann diesem Wunsch Rechnung getragen werden. Allerdings muß dann der § 6 abgeändert werden und die Rentenfestsetzung der Behörde des Feuerlöschwesens überlassen bleiben. Auch die §§ 8, 10 und 11 bedürfen einer Abänderung. Dann kann nach der Beschwerde an den Senat in zweiter Instanz der Rechtsweg beschritten werden. Im Gesetz kommt der Grundsatz der Reichsversicherungsordnung zur Geltung, doch ist bei uns die Form wesentlich milder gefaßt.

Pastor Evers hält die Zulassung des Rechtswegs für ausgeschlossen und die Vorschläge des Senats für besser als die aus der Mitte der Bürgerschaft gestellten Wünsche. Den Nachtrag von 1908, die Hinterbliebenenentschädigung betreffend, sollte man dem Gesetz wieder anhängen.

Senator Dr. Neumann: Dieser letztere Wunsch wird natürlich berücksichtigt.

Klein ist mit den Ausführungen des Senats soweit einverstanden, bedauert jedoch, daß nur beim Ersatz der Kosten des Heilverfahrens der Rechtsweg offen stehe, während er bei der Rentenfestsetzung ausgeschlossen sei. Ein ähnliches Gesetz sollte auch für die Schutzleute und Gefangenenaufseher geschaffen werden.

Dr. Görtz hält Kommissionsberatung für notwendig. Wenn auch die Entschädigung gegen früher erhöht sei, so sei damit noch nicht gesagt, daß sie ausreichend sei. Verunglückte Marinesoldaten kämen besser weg als die Feuerwehrleute, und hier handle es sich doch um Familienväter. In einem Falle sei einem Marinesoldaten mit den Verstümmelungszulagen 1200 Mk. zugewiesen worden. So hoch komme ein Feuerwehrmann niemals. Bemängeln müsse er, daß aus der Senatsbegründung nicht hervorgehe, wie es die andern Bundesstaaten handhaben. Klarer müsse auch ausgedrückt werden, daß die Unfallrente an Stelle der Pension gewährt werde. Hineinbezogen werden müsse ferner der Nachtrag in bezug auf die Hinterbliebenenrente. Den Rechtsweg nur bei den Kosten des Heilverfahrens zuzulassen und bei der Rente auszuschließen, enthalte einen Widerspruch. Wie sollte die Rente bemessen werden, wenn z. B. ein hinzugezogener höherer Beamter von einem Unfall betroffen oder wenn ein Fabrikleiter Anspruch erheben würde? Da müßte der Staat unter Umständen ganz gewaltige Summen bezahlen. Dies alles erfordere sorgfältige Kommissionsberatung.

Senator Dr. Neumann: Da die Bürgerschaft doch Kommissionsberatung beschließen wird, erachte ich ein weiteres Eingehen für überflüssig, ohne daß ich damit den Ausführungen des Vorredners zustimme.

Hoff erkennt den Fortschritt gegen früher an, bekräftigt aber aufs neue, daß er ihm nicht weit genug geht. Der Senat habe die Reichsversicherungsordnung herangezogen; nach den Bestimmungen der Unfallversicherung, die nur allein zum Vergleich herangezogen werden können, stehe den Inländern ein Rentenbezug auch im Ausland zu. Dieses Recht sollte man auch hier schaffen. Selbstredend könne man verlangen, daß er den Nachweis vom Vorhandensein seiner Person erbringe. In der vorliegenden Fassung sei der Paragraph annehmbar.

Kommissionsberatung wird beschlossen. Die Wahl hat folgendes Ergebnis: Kähler, Hoff, Förster, Dräger, Thiele.

2. Antrag: Rückäußerung des Senates vom 12. Oktober 1912 zu den Beschlüssen der Bürgerschaft zum Nachtragsentwurf zu dem Gesetze vom 3. Oktober 1906, betreffend die Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gast- oder Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus.

Grünau: Der Ausfall wird nach dem Finanzdepartement auf 25 000 Mk. geschätzt, die Steuerbehörde schätzt ihn nur auf 20 000 Mk. In Wirklichkeit wird nicht einmal diese Summe erreicht. Zu berücksichtigen ist aber, daß die Bürgerschaft dies Gesetz nicht vom reinen Finanzstandpunkt aufgefaßt hat, sondern um dem Gewerbestand einen gerechten Ausgleich zu schaffen. Redner stellt einen Antrag, der eine gerechtere Steuerverteilung im Gast- und Schankwirtsgewerbe und des Kleinhandels mit Spiritus verlangt.

Babendererde erinnert an die Einstimmigkeit bei Annahme dieses Antrages durch die Bürgerschaft. Die betrübenden Verhältnisse im Wirtsgewerbe hätten allgemein überrascht. Von 533 Wirtschaftsbetrieben in Stadt und Land hätten nur 74 über 3000 Mark versteuert. Die meisten erreichten nur ein Einkommen von 1000—1200 Mk. Kaum die Hälfte komme auf 2000 Mk. Der Staat dürfe den Wirten nicht die Summen entziehen, die zum Lebensunterhalt notwendig seien. Gehe ein Wirtschaftsbetrieb ein, dann seien in erster Linie Lübecker Firmen die Benachteiligten, was wiederum einen Schaden im Wirtschaftsleben nach sich ziehe. Werde man in andern Staaten erst einen Einblick in die traurigen Verhältnisse des Wirtestandes bekommen, dann werde man auch dort Änderung schaffen. Hier in Lübeck sei ausreichendes Material vorhanden, und dieses sollte der Senat berücksichtigen. Die Stadt habe ein Interesse an einem tüchtigen Wirtestand, der den Fremden angenehme Unterkunft gewähre. Infolge des eigenartigen Betriebes leisteten die Wirte bedeutend höhere Abgaben wie jeder andere. Jetzt muß nach einer neuen Verordnung für jeden Zu- und Abgereisten ein besonderer Zettel ausgestellt werden, auch das erfordert für manche Ausgaben bis zu hundert Mark im Jahre. Redner ersucht um Annahme des Grünauschen Ersuchens. Bei der öffentlichen Lustbarkeit trage der Wirt alle Abgaben. Er zahle so schon die Gewerbesteuer und werde zu alledem noch besonders herangezogen.

G. Ehlers: Ein altes lübsches Sprichwort lautet: „De Kröger kann dat liden!" Der Senat hat sich von diesen allgemeinen Gedanken leiten lassen. Er sagte sich, wir stimmen nicht zu und die Bürgerschaft wird schon ein Einsehen haben und dem Senat beitreten. Ich möchte die Bürgerschaft ersuchen, auf ihrem Beschlusse vom 2. Juli zu beharren und dem Senat zu zeigen, daß sie gewußt hat, was sie wollte. Kaum 5 Herren haben damals dagegen gestimmt. Auch Landgerichtsdirektor Meyer, der dagegen stimmte, war kein Gegner der Erleichterung des Wirtsgewerbes. Die Bürgerschaft hat fast einstimmig den Beschluß gefaßt und gewußt, daß für die 25 000 Mark Ausfall Ersatz geschaffen werden muß. Wenn der Senat im Juli erklärte, daß er dann gezwungen sei, noch einmal einen zehnprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer vorzunehmen, so ist das eine merkwürdige Begründung zu einer Vorlage. Dasselbe steht uns bei der Warenhaussteuer in Aussicht, die zur Ermäßigung des Gas- und Elektrizitätspreises herangezogen werden soll. Die gleichen Geschäftsleute werden ausgespielt, um die Vorlage zu schlucken. Das ist doch keine Begründung. Viele Leute bleiben also dem Grundsatz getreu, daß die Wirte bezahlen müssen. Diese darf man aber nicht danach beurteilen, wie sie sich im Äußern und im Benehmen geben. Wenn der Wirt zuvorkommend und humorvoll ist, dann ist noch lange nicht gesagt, daß ihm im Grunde seines Herzens so zumute ist, wie er sich gibt. Auch er hat Sorgen und Kummer, den Gästen aber darf er es nicht merken lassen. Gerade im verflossenen Jahre ist der Umsatz bedeutend zurückgegangen. Ein Wirt z. B. hat im August 400 Mark weniger umgesetzt als im gleichen Monat des Vorjahres. Verschiedene Umstände bedingen und beweisen, daß der kleine Gastwirt nicht mehr die Einnahmen hat, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Der Beruf braucht Erleichterung. Bleiben Sie fest und zeigen Sie dem Senat, daß Sie mit voller Überlegung beschlossen haben und handeln Sie heute ebenso.

Senator Dr. Fehling: In diesem Vorgetragenen liegt manches Wahre, doch hat der sogenannte lübsche Sinnspruch des Vorredners den Senat nicht geleitet. In diesem Augenblick sollte die Bürgerschaft sich hüten, den Antrag unabgeändert dem Senat wieder entgegenzubringen. Der Antrag von Ehlers kann auch nicht direkt an den Senat gehen, sondern muß an den Bürgerausschuß.

Dr. Ihde: Sowohl Bürgerschaft wie Senat haben gewußt, was sie mit dem Antrag wollten. Doch würde mit dem Vorschlag Ehlers nichts erreicht, auch der Antrag Grünau bringt nichts Neues, aber wenn Sie diesem Antrag zustimmen, dann kommt wenigstens etwas Praktisches für den Wirtestand heraus.

Dr. E. Meyer pflichtet dem Vorredner bei.

Dr. Görtz: über den Antrag selber kann heute nicht mehr abgestimmt werden.

G. Ehlers: Meine Worte waren natürlich nicht so gemeint, wie der Wortführer sie auslegt. Aber „uns Nichtjuristen" kann es wohl passieren, daß wir nicht gleich das richtige Wort finden. Ich bin selbstredend für den Antrag Grünau zu haben. Ein neues Einbringen der Vorlage hat nicht viel Erfolg. Ich setze auch nicht viel Hoffnung auf Grünaus Ersuchen, aber wenn wir weiter nichts erreichen, dann doch wenigstens soviel, wie Landgerichtsdirektor Meyer wollte. Der Senat kommt dann nach dreiviertel Jahren und erklärt, er könne dem nicht beitreten. Dasselbe Bedenken trifft bei der Lustbarkeitssteuer zu. Wir haben uns drei Jahre mit dem Gewerbe beschäftigt, ohne daß etwas herausgekommen ist. Eins habe ich noch vergessen. Das ist die Zahlung der Gewerbe-, oder wie sie jetzt heißt, der Betriebssteuer. Vom Senatstische ist Teilzahlung zugestanden worden. Der von mir gestellte und angenommene Antrag ist jetzt auch hinfällig. Diese Erleichterung muß der Senat dem Gewerbe zukommen lassen. Ungerechtfertigt ist ferner die doppelte Erhebung dieser Steuer beim Verkauf der Wirtschaft. Ich hätte gewünscht, daß Senator Dr. Neumann sich hierzu äußern würde, ob der Senat auch diesem Beschlusse nicht beitreten kann.

Senator Dr. Neumanns Antwort ist am Pressetisch unverständlich.

Dr. E. Meyer wundert sich, daß der alte Praktiker Ehlers so unpraktisch vorgehe. Aus der einstimmigen Annahme würde der Senat die Überzeugung herleiten, daß die Bürgerschaft bestimmt einer Erfüllung ihrer Wünsche in dieser Frage entgegensieht.

Das Ersuchen Grünaus wird einstimmig angenommen.

3. Antrag: Gewährung einer Staatsbeihilfe für die Rechnungsjahre 1913 und 1914 an die Jenischsche Freischule.

Hauptlehrer Schulmerich verbreitet sich über die Kommissionsarbeit und deren Verhältnis zur Vorsteherschaft der Stiftung. Die Kommission sei von Anfang an der Überzeugung gewesen, daß die jährliche Unterstützung von 11 900 Mark zu gewähren sei. Doch müßte die Vorsteherschaft den Lehrern die gleichen Gehaltssätze bezahlen wie die staatlichen Schulen. Der Unterschied im Hauptlehrergehalt hätte ursprünglich 300 Mk. betragen, nachdem der neue Besoldungsplan Platz gegriffen habe, mache die Differenz 525 Mk. aus. Auch eine Nachtragszahlung, wie sie den staatlichen Lehrern zugebilligt worden sei, habe die Vorsteherschaft abgelehnt. Dann ersuchte die Kommission, wenigstens den früheren Gehaltsunterschied bestehen zu lassen. Auch der Vorschlag, die Gehaltszahlung des Hauptlehrers vom Staate vorzunehmen und den Betrag von den 11 900 Mk. abzuziehen, fand keinen Anklang. Eine Ausnahme wäre eine solche Übernahme durch den Staat nicht, denn auch beim Museumsdirektor, beim Verwalter der Ortskrankenkasse und beim Oberbeamten der öffentlichen Rechtsauskunftsstelle geschieht solches. Die Vorsteherschaft habe sich den Kommissionsvorschlägen gegenüber ablehnend verhalten.

Dr. Görtz geht näher auf den Stiftungszweck der Schule ein. Die Stifterin schaffte die Freischule für Kinder

---

„Zerbrich Dir den Kopf nicht, Du armer Teufel!" murmelte er in sich hinein. „Was wird es denn sein? Ein wenig Herablassung und ein Geschenk im besten Fall. Dann magst Du wieder gehen und es war wohl wert, Dein Proletarierdasein für die angenehme Abwechselung einzusetzen."

Aber sein Herz klopfte hoch, als er die Gartentür öffnete.

Er sah die beiden Damen auf einer kleinen Erhöhung, die eine eiserne Gartenbank trug, sitzen und mit einander plaudern. Zaghaft schritt er auf sie zu, denn er war sich gewiß, heute würde er irgend eine Buße dafür, daß er es gewagt Herminens Lippen zu küssen nicht entgehen. Und die dunklen feurigen Augen, wie konnten sie zürnend und strafend ihre Blitze schleudern!

Hermine schien jedoch ganz unbefangen; ihr Auge leuchtete freundlich auf, als sie ihren Retter daherkommen sah. Er nahm ehrerbietig seinen Hut ab; die Tante aber erhob sich und dankte ihm mit ihrer zitternden Stimme in herzlichen Worten; sie wußte seine Aufopferung nicht genug zu rühmen und zu preisen.

Und zum Schlusse sagte sie:

„Ich möchte gern etwas für Sie tun. Aber machen Sie das mit meiner Nichte ab; sie kann über mich verfügen, und dann entschuldigen Sie mich; ich habe noch so viel Strümpfe zu stricken für die armen Kinder. Übrigens muß ich auch jetzt die Zigarrenabschnitte, die ich mitgebracht, sortieren. Rauchen Sie?"

„Zuweilen," antwortete Fritz Born verwundert.

„Ah, dann liefern Sie mir gewiß auch Ihre Zigarrenabschnitte ab; wenn ich noch weiter sammle, bringe ich zu Weihnachten gewiß ein Jäckchen für einen armen Säugling zusammen. Nicht wahr, Sie vergessen mich nicht?"

„Ich werde tun, was ich kann," stotterte Fritz ganz verlegen.

„Das ist hübsch von Ihnen," sagte die alte Dame, knixte und trippelte den Kiesplatz des Gartens hinab, um alsbald im Pfarrhause zu verschwinden.

„Weihnachtsstrümpfe und Zigarrenabschnitte sind die Leidenschaften meiner guten Tante," erklärte Hermine lachend und sich an der Verlegenheit des Tölpels weidend. „Das andere überläßt sie so ziemlich alles mir."

„Ich würde mich freuen, zu der Säuglingsjacke auch mein Teil beitragen zu können," sagte Born halb scherzend.

„Das müssen Sie auch ganz entschieden tun, denn dadurch kann man sich bei meiner lieben Tante sehr in Gunst setzen, und das sollten Sie nicht versäumen."

Born nickte.

„Hätte Herr Meyer," plauderte Hermine weiter, „mit mehr Gewissenhaftigkeit seine Zigarrenabschnitte aufbewahrt und abgeliefert, meine Tante würde ihm sein gestriges Benehmen zum Teil verziehen haben."

„Glauben Sie?"

„Gewiß. Aber ich verzeihe es ihm nicht. Meine Tante ist eine gute und altersschwache Frau; ich aber verlange von den Männern, die ich achten soll, daß sie in einem kritischen Moment Besonnenheit und Mut haben."

„So sollte es sein," sagte Born.

„Sie glauben nicht," fuhr Hermine erregt fort, „welch ein Widerwillen mich gegen diese Art von wohlerzogenen Mutterjöhnchen erfaßt hat, seitdem ich bei Herrn Meyer eine solche Bevorzugung des eigenen werten Ich erlebt."

„Herr Meyer hat auch gar viel zu verlieren," sagte Born mit bitterem Lächeln. „Unsereiner nimmt's leichter."

Hermine fuhr fort, als hätte sie den Einwurf nicht gehört:

„Aber darf ich mich denn wundern? Kaum geboren, wälzen sich diese lieben Mitgeschöpfe schon auf Samt und Seide und die liebe Mama sorgt dafür, daß kein Windhauch an sie kommt. Sorglich wird ihnen der Lebensweg geglättet, auf daß ihr Fuß nicht an einen Stein stoße. Wenn sie erwachsen, sitzen sie auf den väterlichen Schätzen, nachdem ihnen das herkömmliche Maß Bildung eingeeichtert worden. Alles gut und behaglich, wie es sich für ehrbare Leute geziemt; die Höschen sitzen immer trefflich und die Kravatte nicht minder. Aber Ehrentiere bilden sich da nicht bei solchem Puppenspiel; die reifen nur im Kampf mit den Fährlichkeiten des Lebens. Nie hab' ich besser als heute das berühmte Dichterwort verstanden:

„Nur der verdient die Freiheit und das Leben,
Der täglich sie erobern muß!"

Hinter der Schürze der Mama kann freilich kein rechter männlicher Charakter sich entfalten."

Sie hatte sich in's Feuer hineingeredet und eine höhere Röte stieg auf ihre Wangen.

Fritz Born warf ein:

„Aber sind denn alle so?"

„Nein," antwortete sie heftig, „das nicht. Aber alle, die gar so bequem gebettet sind, sie laufen Gefahr, so zu werden."

„Sie sprechen wohl von Ihrer Heimat?"

„Gewiß, ich meine die gute Gesellschaft meiner lieben Vaterstadt Wendelheim, in der ich mich nun einmal bewegen muß. Ach, welches fade Geckentum, welche Schwächlinge, welche Flachköpfe! Und dabei noch Löwen des Tages! Ich wandle wie unter Larven dort, denn ich sehne mich nach frischer Kraft und Ursprünglichkeit, nach unverdorbenen Seelen und freien Geistern, nach Männern wie" — — —

Sie brach errötend ab, wie wenn der Redestrom sie zu weit fortreißen wollte.

Er verstand nicht, warum sie schwieg, und sah sie verwundert an. Dann meinte er:

„Ich weiß wohl, daß die Herrschaft einer Klasse leichter korrumpiert in der menschlichen Gemeinschaft, als irgend eine andere Herrschaft. Aber bei uns bereitet sich langsam ein Übergang vor. In solchen Zeiten, wenn ein altes Element von einem neuen abgelöst wird, da wird man die Charaktere weit mehr unten als oben suchen müssen."

„Leider auch das Verständnis für die alles bewegenden Zeitfragen," fügte sie hinzu. „In den oberen Schichten hält man es für die vornehmste Weisheit, den Anforderungen der Masse nicht nachzugeben."

„Um Weihnachtsstrümpfe zu stricken und Zigarrenabschnitte zu sammeln," sagte er mit einiger Bitterkeit.

„Um Gotteswillen," rief Hermine halb scherzhaft, „rühren Sie nicht an die Heiligtümer meiner guten Tante, und seien Sie bemüht, Ihre Zigarrenabschnitte so sorgfältig als möglich zu sammeln!"

„Mit tausend Freuden," sagte er, „würde ich dazu beitragen, Ihrer Frau Tante ein so unschuldiges Vergnügen zu bereiten. Aber leider werde ich nicht in der Lage sein."

„Und warum nicht?" fragte Hermine verwundert.

„Weil ich in den nächsten Wochen Europa verlassen werde," antwortete er.

Hermine trat einen Schritt zurück und fragte, die linke Hand auf den Busen gedrückt:

„Was, Sie wollen fort? Gerade in diesem Moment?"

Er schien die Erregung, die in ihrer Stimme lag, nicht zu bemerken.

„Ja," sagte er mit melancholischem Ton, „ich will fort. Daran habe ich schon lange gedacht und in diesen Tagen ist mein Entschluß reif geworden."

„Gerade in diesen Tagen!"

(Fortsetzung folgt.)

unbemittelter Eltern, als das Volksschulwesen noch unentwickelt war. Die Leitung der Schule sollte einem Lehrer übertragen werden. Die Unterrichtsfächer Handfertigkeitsunterricht, lesen, schreiben, rechnen und Religion in der Hauptsache umfassen. Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn die Zweckbestimmung in Wegfall komme, dann sollte die Stiftung als solche aufhören und das Kapital den Verwandten der Stifterin zufallen. Der Zweck sei durch die Kommissionsbestimmungen nicht verändert worden. Alle Stiftungen seien Wandlungen unterworfen gewesen, auch die Jenischsche Freischule. Der Senat habe dem verlangten Zuschuß stets im Einvernehmen mit der Bürgerschaft zugestimmt. Die Vorsteherschaft sei nicht berechtigt, die vom Staate gewährte höhere Gehaltsbemessung der Lehrer ihrerseits abzulehnen; ebenso müsse die Stiftung den abgeänderten Beschlüssen des Unterrichtsgesetzes folgen. Die Vorsteherschaft habe wohl das Recht, auf die Anstellung und Entlassung einzuwirken. Der Redner geht ausführlich auf die juristischen Bedenken ein, und hebt hervor, daß die Zahlung irgend eines Beamten aus einer andern Kasse keinen Einfluß auf bestehende Vorrechte ausübe. Ein ähnlicher Fall könne mit der Berliner Feuerwehr herangezogen werden. Das Ministerium habe im Preußischen Abgeordnetenhaus erklären lassen, daß die Stadt Berlin aus der Bezahlung kein Recht auf die Dienstverhältnisse herleiten könne. Mit der Jenischschen Freischule steht es ebenso. Der Charakter der Schule bleibe unberührt, des Lehrers Stellung zur Stiftung als solche bleibe unverändert. Redner ersucht, den Kommissionsvorschlägen zuzustimmen.

Senator Kulenkamp verteidigt die Bedenken des Senats. Trotz den Darlegungen des Vorredners stehe er ganz auf dem Boden des Senatsdekrets vom 23. November. Die Vorsteherschaft ist den gesteigerten Gehaltssätzen gefolgt, ganz konnte sie dem staatlichen Vorgehen nicht entsprechen, denn es darf nicht vergessen werden, daß es sich hier um einen Privatangestellten handelt. Die Vorsteherschaft kann sich nicht vorschreiben lassen, was sie bezahlen soll und wer ihren Beamten das Gehalt bezahlt. In keinem Privatunternehmen darf ein Geschäftsmann zulassen, daß ein Außenstehender einem seiner Angestellten das Gehalt bezahlt. Die Stiftung will Herr im eigenen Hause bleiben. Kann sie dies nicht mit dem Senatszuschuß, verzichtet sie auf diesen und richtet sich mit ihren eignen Mitteln ein. Dagegen können wir nichts machen. Auf gütlichem Wege ist heute allerdings eine Uebereinkunft mit der Vorsteherschaft ausgeschlossen. Ein Vergleich mit dem Museumsdirektor kann nicht gezogen werden. Dort handelt es sich um einen Wunsch und hier soll die Gehaltszahlung gegen den Willen der Vorsteherschaft erfolgen. Es würde durch Annahme des Kommissionsantrages ein großer Eingriff in unser Stiftungsrecht erfolgen. Diesen darf das Selbstverwaltungsrecht nicht genommen werden, eine Bewegungsfreiheit müssen wir jeder Stiftung lassen. Die Schule wird ihre Schülerzahl einfach vermindern und dem Senat fehlt jede Handhabe, diesem entgegenzutreten. Die Leidtragenden wären die Eltern der Kinder und der Staat. Wir müßten 280 Kinder in die Staatsschulen übernehmen; die finanziellen Erfolge wären tief einschneidend. Eine Belastung von 30 000 Mk. würde an Stelle des bisherigen Zuschusses von 11 900 Mk. treten.

Dr. Wittern: Die Bürgerschaft hat heute nur mündliche Rechtsausführungen gehört. Auf der einen Seite wird der Bürgerschaft empfohlen, den Kommissionsvorschlägen zuzustimmen, auf der andern Seite werden diese Rechtsauslegungen bestritten. Nachprüfen kann man beide Ansichten heute nicht, wer also nicht leichtsinnig handeln will, muß dem Senatsantrag zustimmen.

Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag angenommen.

4. Antrag: Bau einer Nebenbahn Travemünde-Niendorf.

Henk (Bültwisch) erkennt die bessere Verbindung zwischen Travemünde und Niendorf an, bestreitet jedoch, daß Travemünde einen Vorteil davon hat. Zu bedauern wäre es, wenn Brodten keine Haltestelle bekommen würde. Brodten wolle nicht etwa den Zuschuß verweigern, nur die Höhe sei nicht gleich festzustellen gewesen.

Senator Dr. Eschenburg: Die Bahn wird die Haltestelle einrichten, sobald der Senat es begehrt. Das geringe Opfer wird die Dorfschaft bringen, sie braucht sich über die Höhe nicht zu beklagen.

Grünau bemängelt die schwache Begründung der Vorlage. Die Vorteile Travemündes hätte man herausheben müssen. Die Kurgäste in Travemünde können heute schon Eisenbahnausflüge machen, tun es aber selten. Selbst nach Waldhusen gehen sie nicht. Nach Niendorf werden sie nicht fahren, wohl aber umgekehrt werden die Niendorfer Kurgäste nach Travemünde kommen. Aus dem Säckel Lübecker Steuerzahler sollen ihnen Vergnügen gewährt werden, zu denen die Niendorfer Kurgäste nichts beisteuern. Eine Villenkolonie bei Brodten wird solange nicht erstehen, bis das Brodtener Ufer befestigt ist. Wenn Sie etwas wollen, führen Sie die Straßenbahn nach Travemünde und von dort am Ufer längs nach Niendorf. Das ausgesuchte Gelände ist noch lange nicht der beste Weg. Die Bahn hätte eher einen Zweck, wenn sie nach Neustadt als Strandbahn durchgeführt würde. Die Fehlingstraße hat uns sehr viel Geld gekostet, jetzt soll die Bahn diese Straße durchschneiden. Dadurch wird die Gegend als Baugelände wieder entwertet. Brodten muß von vornherein eine Haltestelle haben, nicht erst, wenn der Senat es verlangt. Wir geben für die Bahn Geld genug her. Als Vertreter Travemündes kann ich dieser Vorlage nicht zustimmen.

Borchert (Brodten) sieht in der Vorlage eine Förderung landwirtschaftlicher Interessen, verlangt aber unbedingt eine Haltestelle. Brodten hatte 8000 Mk. zugesichert.

Thiele bittet, die Vorlage anzunehmen. Die schlechten Wege erforderten andere Verhältnisse. Was wir kriegen können, sollten wir nehmen. Redner stellt noch die Anfrage, wie es mit dem Bahnbau Lübeck-Nusse steht.

Dimpker: Auch Lübeck hat einen großen Vorteil vom Bahnbau. Ob der eine Nachbar etwas mehr Vorteil habe oder nicht, darf nicht ausgespielt werden, die Hauptsache ist eine Verkehrsverbesserung. Dem Nachbarstaat Oldenburg sind wir diesen Bahnbau schuldig. Einen solchen nach Neustadt, wie ihn Grünau wünscht, kommt gar nicht in Betracht. Wird diese Bahn nicht bald bewilligt, geht die Neustädter verloren.

Niemann (Schlutup) freut sich, daß die Bahn vom alten Bahnhof in Travemünde nach Niendorf fährt, dadurch werde auch den kleinen Leuten etwas zugeführt.

Böbs hält den Beitrag, den wir zahlen, für ziemlich hoch, aber im Interesse Oldenburgs trete er für den Antrag ein. Es werde damit Gleiches mit Gleichem vergolten.

Der Antrag wird fast einstimmig angenommen.

Schluß 9 Uhr 5 Minuten.

Aus der Partei.

Eine Freisprechung. Ein bemerkenswertes Urteil in einer Streikbrecherbeleidigungssache fällte die erste Strafkammer in Braunschweig. Angeklagter war Genosse Brenner vom „Volksfreund", Kläger waren acht Straßenbahnangestellte, die im Mai d. J. sich nach Köngsberg schicken ließen, um bei dem Streik der dortigen Straßenbahner ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. Der „Volksfreund" brachte seinerzeit die Namen dieser Herren, bezeichnete sie als „Rausreißer" und nannte ihre Handlungsweise einen „verwerflichen Verrat". Das kränkte die Herren in ihrer Ehre. Noch mehr aber fühlten sie sich verletzt durch einen Artikel, der durch Zufall vor die eben angeführte Notiz zu stehen kam. In diesem Artikel wurde ohne Nennung von Namen, ganz allgemein unter Anführung bürgerlicher Stimmen, das Streikbrechertum einer ganz gehörigen, scharfen Kritik unterzogen. Zwischen beiden Artikeln stand noch ein kleiner Artikeln anderen Inhalts. Die acht Königsberger stellten, wahrscheinlich auf Geheiß des Straßenbahndirektors Rilbentrop, beide Artikel unter Anklage. Da sie aber die absichtliche Zusammenstellung beider Artikel nicht beweisen konnten, fielen sie damit hinein. Das Schöffengericht schon erblickte in den inkriminierten Ausdrücken des zweiten Artikels, „Rausreißer" und „verwerflichen Verrat" nur sachliche Bezeichnungen, die ohne beleidigende Absicht gebracht seien. Auf die Berufung der acht Kläger hin kam die Strafkammer zur gleichen Ansicht und sprach den Gen. Brenner frei.

Ein eigenes Heim beabsichtigen sich unsere Genossen in Braunschweig für den Druckereibetrieb zu schaffen. Bisher hatten sie ihre Druckerei in gemieteten Räumen. Jetzt haben sie ein 1387 Quadratmeter großes Grundstück für 81 000 Mark gekauft. Mit dem Abbruch des auf dem Grundstück stehenden alten Gebäudes soll am 15. April n. J. begonnen werden. Der Neubau soll bis zum Jahresschluß 1913 fertiggestellt werden. Der Bau, der mit dem Grundstücksankauf über 300 000 Mark kosten wird, soll die Druckerei, den Verlag, die Expedition, den Buchhandel des „Volksfreund", die Partei- und Gewerkschaftsbureaus und wahrscheinlich auch eine Filiale des Konsumvereins aufnehmen. Weiter wird in ihm ein Jugendheim geschaffen. Der Rest wird zu kleinen Arbeiterwohnungen verwendet werden, an denen es in Braunschweig so sehr mangelt.

Gewerkschaftsbewegung.

Ueber den Lohnkampf im Baugewerbe meldet eine offiziöse Korrespondenz u. a., daß das Zentralschiedsgericht, dem die Herren Dr. Prenner-München, Oberregierungsrat Mayr-München, die Magistratsräte v. Schulz und Wölbling in Berlin und Herr Rath in Essen angehören, bereits zu einer Aussprache zusammengetreten war, bei der die Möglichkeit eines Lohnkampfes und die Mittel zu seiner Vermeidung eingehend erörtert wurden. Bei dem letzten Lohnkampfe im Baugewerbe im Jahre 1910 handelte es sich in erster Linie um eine Erhöhung der Arbeitslöhne. Er wurde bekanntlich durch eine Entscheidung des Schiedsgerichts beendet, nach der die bisherigen tariflichen Sätze allgemein um 5 Pfg. erhöht wurden. Dabei erkannte das Schiedsgericht ohne weiteres an, daß in dieser schematischen Regelung für viele Orte eine empfindliche Härte lag, die jedoch nicht zu vermeiden war, weil irgendwelche Unterlagen zur Beurteilung der damaligen Verhältnisse im Baugewerbe nicht vorhanden und auch nicht zu beschaffen waren. Das Schiedsgericht hat danach ausdrücklich erklärt, daß bei einem neuen Tarifvertrag die örtlichen Verhältnisse eine eingehende Berücksichtigung finden müßten. Die kommenden Tarifverhandlungen werden mithin an dieser Stelle einsetzen, um die Unzulänglichkeiten des Ausgleichs vom Juli 1910 zu beseitigen. An zweiter Stelle wird bei den Verhandlungen die Herabsetzung der Arbeitszeit stehen, die bei dem Schiedsspruch nur in ganz beschränktem Umfange zugestanden wurde.

Zum Boykott gegen die Firma Trüller in Celle. Eine Generalversammlung der Keks-, Waffel- und Lebkuchenfabrikanten in Berlin beschäftigte sich u. a. auch mit der Verhängung des Boykotts über die Produkte der Firma Harry Trüller in Celle. Es wurde eine Entschließung angenommen, wonach sich die Versammlung mit dem Vorgehen Trüllers solidarisch erklärt und es als selbstverständlich betrachtet, daß sich die Verbandsmitglieder in das Geschäft einer bedrohten Firma in keiner Weise einzudrängen versuchen. Den Mitgliedern des Verbandes soll jedesmal von ausgebrochenen Streiks oder Boykotts sofort Mitteilung gemacht werden, damit sie in jedem Falle in der Lage sind, auch ihre Vertreter entsprechend zu unterrichten. Herr Trüller als Vorsitzender dieser Unternehmervereinigung hatte auch alle Ursache, sein möglichstes zu dieser Beschlußfassung beizutragen. Der Boykott hat seine Wirkung nicht verfehlt. Nun versucht die Firma, sich bei den kleinen Konsumvereinen anzutragen, was ihr aber nichts nützen kann, weil auch in solchen Orten die Boykottverhängung bekannt ist. Es berührt merkwürdig, welche Mittel angewendet werden, um Warenlieferungen zu erhalten. In einem in unseren Händen befindlichen Schreiben des Herrn Trüller heißt es: „Mir ist von solchen Forderungen nichts bekannt .... Ich bin demnach mangels des Vorhandenseins irgend welcher Forderungen natürlich auch nicht in der Lage, solche erfüllen zu können." Die Firma hat hier offenkundig die Unwahrheit geschrieben. Herrn Trüller wurde bereits am 24. August vom Vorstande der Bäcker und Konditoren in einem eingeschriebenen Briefe mitgeteilt, unter welchen Voraussetzungen die Aufhebung des Boykotts erfolgen könnte, nämlich durch die Abgabe der Erklärung, daß die Firma den Beschäftigten wegen der Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation nichts in den Weg legt. Diese Erklärung hat bis heute die Firma nicht abgegeben. Der Boykott besteht also weiter. Wir möchten besonders die Konsumverwaltungen und die Arbeiterfrauen ersuchen, unter keinen Umständen Waren von Trüller zu beziehen. Die Boykottkommission.

Amerikanischer Gewerkschafts-Kongreß.

Neuyork, den 24. November 1912.

Der nach landesüblicher zweiwöchiger Dauer beendigte Kongreß der „American Federation of Labor" zu Rochester (Neuyork) war viel weniger durch seine „positive Arbeit" als durch seine Debatten bemerkenswert. Die Konvention sah, im Gegensatz zu den Jahreskonventen des Gewerkschaftsbundes seit fast einem vollen Dezennium, wieder ein offenes Aufeinanderprallen der Geister, und unsere Genossen, deren Passivität und direkte Unterstützung der Wiederwahl des Präsidenten Samuel Gompers zumal in den vergangenen beiden Jahren in Parteikreisen nicht allgemein gebilligt worden war, stellten diesmal sozialistische Gegenkandidaten für die Verwaltungsämter ins Feld. Der bekannte Parteigenosse Max Hayes unterlag gegenüber Gompers mit 5 074 gegen 11 974 auf dem Konvent vertretenen Stimmen. Mit Gompers als Präsidenten wurden auch die bisherigen Vize-Präsidenten Duncan, John Mitchel, O'Connell, Donnis A. Hayos, William Huber, Joseph Valontin, John R. Alpino und R. Perham, sowie Schatzmeister Lennon und Sekretär Marrison wiedergewählt. Der Gegner Duncans, der sozialistische Präsident des Maschinisten-Verbandes, William H. Johnston, entwickelte eine noch größere Stärke als Genosse Hayos: Johnston vereinigte 6157 Stimmen auf sich, gegen 10 859, die für Duncan abgegeben wurden. Das Ergebnis von Rochester ist gewiß ein Sieg Gompers und seiner Richtung, von einem Triumphe der alten, sich selbst als konservativ empfehlenden Führung ist es aber weit entfernt. Die Zahl der auf die sozialistischen Kandidaten entfallenen Stimmen ist weit größer, als unsere Genossen erhofft und die Gegner gefürchtet hatten, zumal diese Kraftprobe, soweit der sozialistische Flügel des Gewerkschaftskonventes in Betracht kommt, ziemlich improvisiert war und die Verwaltungspartei, die eine große wirtschaftliche Macht bedeutet, der ein großer Teil der Delegaten immer gefügig ist, bei dem gegenwärtigen System der Föderationstagungen eigentlich von vornherein den „Sieg" in der Hand hat. Um die Herrschaft dieser sogenannten „Gompers Maschine" zu brechen, hatten die von jeher auf ihre demokratischen Verbandseinrichtungen stolzen „Unitos Mino Werkers" — der große Bergarbeiterverband der mittleren und östlichen Staaten — den Antrag gestellt, die Zentralleitung der Föderation künftig durch Urabstimmung der Mitglieder zu wählen. Leider fiel dieser Antrag mit 57 gegen 193 Stimmen, nachdem Gompers das Beispiel europäischer Gewerkschaften für seinen gegnerischen Standpunkt geltend gemacht hatte. In seinem Vorbericht an den Konvent redet Gompers dem Referendum, der Initiative und dem Volksrechte der Rückberufung gewählter Beamten das Wort, und dahingehende Resolutionen wurden auch prompt angenommen, in der Diskussion mußte sich derselbe Gompers aber sagen lassen, daß die Opposition gegen ähnliche demokratische Neuerungen innerhalb der Arbeiterorganisation mit demselben Argument arbeitet, das die politische Reaktion z. B. vor kurzem erst in Ohio gegen Referendum usw. geltend gemacht hat, nämlich mit dem Argument der „Mob-Herrschaft". Ein anderer großer Streitpunkt, der dieselbe Scheidung der Geister zeitigte, war die Frage der Organisierung von Industrieverbänden an Stelle der altmodischen „Trade Unions". Mit 11 000 gegen 6000 Stimmen beharrte die Konvention auf dem Standpunkt der „autonomen Fachverbände". Natürlich wird dadurch die Entwicklung zum System der Industrieverbände in der amerikanischen Arbeiterbewegung nicht im mindesten aufgehalten werden. Davon zeugt sogar Gompers Vorbericht. Er erwähnte die Fortschritte der verschiedenen, innerhalb der Föderation eingerichteten „Departements", die weiter nichts sind, als Koalitionen der „autonomen Fachverbände" innerhalb der großen Industrien, wie z. B. der Metallindustrie, des Baugewerbes, der Bergwerksindustrie usw. In der Mineninduftrie handelt es sich übrigens nur um den — erst während des Berichtsjahres zur Tatsache gewordenen — Zusammenschluß zweier mächtiger Industrieverbände, des westlichen Erzgräberverbandes — „Western Föderation of Miners" — und der „Unitod Mine Werkers", die heute kaum minder sozialistisch sind, als die Bruder-Gewerkschaft im Westen. Ein artiges Exempel für den „Zweck und Nutzen" der alten Trade Unions — für das Kapital lieferte die einen vollen Tag in Anspruch nehmende Diskussion über den seit Monaten währenden Streik der Chikagoer „Preßmen" (Maschinenmeister in den Zeitungsbetrieben), bei dem dank der gewerkschaftlichen Fach-Autonomie die organisierten Schriftsetzer und andere Arbeitergruppen der Zeitungsindustrie als Streikbrecher auftreten dürfen. Genosse Hayos machte den Präsidenten des amerikanischen Typographen-Verbandes, Lynch, der die Streikenden in Grund und Boden verdammte, darauf aufmerksam, daß ein solches Schauspiel, wie es dieser Streik bietet, unmöglich wäre, ohne die famose Autonomie der Fachverbände. — Zu scharfen, stellenweise bitteren und persönlich ausartenden Ausfällen gegen den Sozialismus ließen Gompers und seine Anhänger sich noch gelegentlich eines Antrages verleiten, der darauf abzielte, dem Hutmacherverband in seinem Prozesse gegen die Fabrikanten Löwe & Comp. in Danbury beizuspringen und die Sache des wegen Boykottsünden verfolgten Verbandes zur Sache der Föderation zu machen. Gompers schrak vor der finanziellen Seite der Sache zurück, und die Konvention konnte sich denn auch nicht dazu aufschwingen, dem sozialistischen Antrag zu folgen.

Soziales.

Konsumvereinsangestellte nicht versicherungspflichtig? Das Versichrungsamt der Amtshauptmannschaft Bautzen fällte eine höchst eigenartige Entscheidung über die Krankenversicherungspflicht der Konsumangestellten. Der Ortskrankenkasse in Wilthen gehören auch drei Angestellte des Konsumvereins als Mitgliedr an. Die Krankenkasse selbst steht noch auf der untersten Stufe der Krankenkasseneinrichtungen. Um die Unterstützungseinrichtungen zu verbessern, wählten die Arbeiter auf der Generalversammlung die drei Angestellten der Konsumvereine in den Vorstand. Das Gros an Mitgliedern stellt eine Textilfirma, die gegen den Generalversammlungsbeschluß beim Versicherungsamt in Bautzen Beschwerde einlegte. Das Versicherungsamt gab denn auch tatsächlich der Beschwerde Raum und entschied mit folgender Begründung zu ungunsten der Arbeitervorstandsmitglieder: Die Angestellten des Konsumvereins seien nicht versicherungspflichtig und dürften deshalb der Krankenkasse als Mitglieder nicht angehören. Der Konsumverein charakterisiere sich selbst als Wohlfahrtseinrichtung. Die Einrichtung könne als ein Gewerbe im Sinne der Gewerbeordnung nicht aufgefaßt werden. Das Erfordernis der Gewerbsmäßigkeit sei auch dan nicht gegeben, wenn auch der Betrieb tatsächlich der Gewerbesteuer unterworfen wurde, da für den Begriff der Gewerbetätigkeit eine auf Erwerb gerichtete Absicht wesentlich sei, die auf Erzielung eines Gewinnes, nicht nur auf Deckung der Selbstkosten oder auf Ersparnisse gerichtet sein müsse. Die Genannten könnten auch nicht freiwillige Kassenmitglieder werden, da ihnen nach der Bestimmung im fünften in Verbindung mit dem ersten Nachtrag ein Beitrittsberechtigung nicht zustehe. Die von ihnen zu Unrecht bezahlten Beiträge zur Krankenversicherung seien ihnen zurückzugeben, die Quittungskarten ebenfalls, da für die Einziehung der Beiträge zur Invalidenversicherung die für den Betriebssitz zuständige Ortskrankenkasse in Kirschau in Frage komme. Die Anmeldung der Genannten zur Invalidenversicherung habe durch den Leiter des Konsumvereins als Arbeitgeber zu erfolgen. Es wird dann noch gesagt, daß die Vorstandsmitglieder nur noch bis Ende Dezember 1912 zu amtieren hätten usw. Die Angestellten des Konsumvereins haben gegen diesen geradezu unglaublichen Entscheid des Versicherungsamtes Rekurs eingelegt.

Aus der Jugendbewegung.

Amtliche Bettelei für den bürgerlichen Jugendrummel. Der Landrat von Zeitz ersucht in seinem neusten Verordnungsblatt alle diejenigen, die von der lästigen Verpflichtung des Glückwunsches zum neuen Jahre befreit sein wollen, bis zum 28. Dezember einen Beitrag zur Förderung der Jugendpflege an das Landratsamt einzusenden. Dafür will er in drei Kreisblättern folgende Mitteilung bringen: „Die Unterzeichneten sprechen nach Zahlung eines Beitrages für die Jugendpflege im Kreise nur auf diesem Wege allen ihren Bekannten die besten Glückwünsche zum neuen Jahre aus." Folgen dann die Namen. Viel wird die Geschichte nicht einbringen, denn erstens lassen sich unsere Spießbürger ihre Neujahrswünsche nicht gern abkaufen, und zweitens zahlen sie überhaupt nicht gern, auch nicht, wenn es sich um ihre vermeintlichen „nationalen Ideale" und um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelt.

Aus dem Gerichtssaal.

Verwerflicher Überschuß an Arbeiterfreundlichkeit bei einem Zentrumsgeistlichen. Die Zentumspartei in Siegburg (Bez. Köln) liegt seit mehreren Jahren in Streit mit einigen katholischen Geistlichen, die sich der von oben vorgeschriebenen Taktik nicht unterordnen und insbesondere wider den Willen des Hausagrarier- und Krämertums eine Bau- und Bezugsgenossenschaft für die Arbeiter gründeten. Man hat es fertig gebracht, den Hauptbeteiligten, Pfarrer Lamberts, durch die erzbischöfliche Behörde in Köln maßregeln zu lassen: Der Geistliche wurde in ein weltentlegenes Eifeldörfchen strafversetzt. Diese Vorgänge beschäftigten jetzt das Schöffengericht. Pfarrer Lamberts klagte gegen den Verleger des Zentrmsblattes „Siegbote", Heinrich Theissing in Köln, weil dessen Blatt ihn als Priester beschuldigt hatte, „die christliche Nächstenliebe verletzt" zu haben. Das Drollige ist, daß diese Verletzung nicht in einem Minus, sondern in einem Plus bestehen soll: Pfarrer Lamberts soll sich zum Nachteil der anderen Stände der „maßlosen Überschätzung des Arbeiterstandes" schuldig gemacht und „die Arbeiter nicht genügend abgehalten haben, Ansprüche zugunsten ihrer Klasse zu stellen"; ferner soll er gesagt haben: eigentlich genügten 3000 Mk. Einkommen, was darüber sei, müsse man den Armen geben! Wegen der Betätigung solcher Ideen ist der Pfarrer Lamberts vom offiziellen Zentrum und der diesem dienstwilligen erzbischöflichen Behörde aufs ärgste verfolgt worden. Jetzt wurde ihm die Genugtuung zu teil, daß der genannte Zentrumspublizist, der übrigens den Titel eines „Verlegers des heiligen apostolischen (päpstlichen) Stuhles" führt, zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt worden ist. — Herrn Trimborn werden diese Vorgänge in seinem jetzigen Reichstagswahlkreise Siegburg-Waldbröl kaum angenehm sein.

Hungernde ins Gefängnis! In einer schweren Notlage befanden sich im Januar d. J. zwei Maurer in Trier. Sie waren seit Wochen arbeitslos, die geringen Ersparnisse waren aufgezehrt und schließlich waren sie mit ihren Familien von dem Notwendigsten entblößt. Die Nahrungssorgen trieben endlich die beiden zu einer verzweifelten Tat. Sie drangen in das Anwesen des Wasenmeisters und Hundefängers ein, wo ein großer Hund, der trotz der Hundesperre frei umhergelaufen war, gefangen gehalten wurde. Um an den Hundezwinger zu gelangen, mußte ein zwei Meter hohes Gitter überstiegen werden. Außerdem hatten die Hungernden noch einen harten Kampf mit dem Wachhund, einer bösartigen deutschen Dogge, zu bestehen. Sie schlugen den vierbeinigen Wächter mit einer Flasche tot, bemächtigten sich des verwahrten Tieres, schlachteten es und teilten das Fleisch. Dieser Tage stand die Tat vor der Trierer Strafkammer zur Verhandlung. Die beiden schilderten ihre Notlage. Sie hätten nicht mehr gewußt, was sie hätten tun sollen. Ihre Familien hätten gehungert. Mit dem Fleisch des erbeuteten Tieres seien sie dann über die schlimmste Zeit der Not hinweggekommen. Trotzdem den beiden diese triftigen Einwände nicht widerlegt werden konnten, verurteilte sie die Trierer Strafkammer zu je drei Monaten Gefängnis. Es ist eben eine mißliche Sache, wenn Satte über Hungrige zu Gericht sitzen!

Aus Nah und Fern.

Der Volksvertreter in der Zwickmühle. Heitere Folgen hat die Abstimmung des englischen Unterhauses vom 11. November, bei der die Regierung, wie bekannt, in der Minderheit blieb, gezeitigt. Unter den zahlreichen liberalen Parlamentsmitgliedern, die durch ihre Abwesenheit die Niederlage der Regierung verschuldet hatten, befand sich auch der Vertreter von Yorkshire, Frederick Odgen, den seine Wähler daraufhin schleunigst vor ihr Forum riefen, damit er sich wegen seines Verhaltens rechtfertige. Odgen, der eine der bedeutendsten Schuhfabriken in England betreibt, entschuldigte sein Fernbleiben mit dringenden Geschäften, denen er gerade an jenem Tage habe nachgehen müssen. Die plötzlich zu Richtern verwandelten Freunde des Abgeordneten waren aber mit dieser Erklärung nur teilweise zufrieden. Sie forderten von ihm, daß er zwischen seinem Beruf und seinem Mandat wähle, und begründeten ihren Standpunkt im besonderen damit, daß die Volksvertreter für ihre parlamentarische Tätigkeit eine jährliche Entschädigung von 8000 Mk. erhalten, und somit auf eine bürgerliche Beschäftigung nicht angewiesen seien. Odgen würde diese Beweisführung wahrscheinlich eingeleuchtet haben, wenn er nicht durch die Fabrikation von Stiefeln und Pantoffeln, die er in eigenen, über das ganze Land zerstreuten Filialen verkauft, jährlich die runde Summe von 200000 Mk. verdient. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß er keine Lust hat, „die einträgliche Stiefelmacherei der weniger einträglichen Gesetzesmacherei" zu opfern. Tatsächlich hat er auch einen Kompromiß auf der Grundlage durchzusetzen vermocht, daß ihm seine Wähler von nun an gestatten, sich des Vormittags mit seinen Stiefeln zu beschäftigen, während er nachmittags von 2 Uhr an seinen Pflichten als Volksvertreter nachzugehen hat. Sollte er unter diesen Umständen ohne zureichenden Grund den parlamentarischen Arbeiten fernbleiben, so muß er als Parlamentsmitglied abdanken.

Zu kochendem Bier verbrannt. Ein entsetzliches Unglück hat sich in Wermelskirchen bei Essen a. R. ereignet. Dort stürzte der Brauereibesitzer Blumenstock in einen Bottich mit kochendem Bier. Er wurde vollkommen verbrüht und starb einige Minuten später, nachdem man ihn aus dem Bottich gezogen hatte. Bei dem Rettungsversuch zog sich ein Steuerbeamter schwere Brandwunden zu.

6 Mädchen ertrunken. In dem Aschaffenburg benachbarten Orte Faulbach spielten auf einer zugefrorenen Stelle des Mains sieben Mädchen im Alter von 8 bis 12 Jahren. Plötzlich brach die zwei Zentimeter dicke Eisdecke durch und alle Mädchen stürzten ins Wasser. In ihrer Todesangst klammerten sie sich aneinander. Sechs Mädchen ertranken und konnten nur als Leichen geborgen werden; das siebente wurde von seinem Bruder gerettet.

Brandunglück. In einem dichtbewohnten dreistöckigen Hause des Fabrikviertels in Kostroma brach nachts ein Brand aus. Ein Arbeiter und ein Mädchen kamen in den Flammen um. Von den übrigen Hausbewohnern, die sich durch die Fenster retteten, erlitten viele schwere Brandwunden.

Muttermord. Der 19jährige Gipser Adam Benzinger in Feudenheim hat seine Mutter erschossen. Er drang in das Schlafzimmer ein und feuerte auf die im Bett liegende Frau drei Revolverschüsse ab. Außerdem brachte er ihr mit einem Messer eine Anzahl Stiche in die Brust bei. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht, verschied aber bald. Das Motiv der Tat sollen sittliche Verfehlungen der [illegible]jährigen Frau sein, die von ihrem Manne getrennt lebt. Der Täter wurde verhaftet.

Mädchenmord in England. Aus London wird gemeldet: In Woking ist ein zwölfjähriges „Girlscout" von einem unbekannten Manne in ein einsames Haus gelockt und dort ermordet worden. Das Kind hatte einer Versammlung der „Girlscouts" in einer Kirche beigewohnt und war mit zwei Kameradinnen auf dem Heimweg, als ein Fremder es ansprach und erklärte, die junge Dame, die die „Girlscouts" kommandierte, wünsche Winifried Baker — so hieß das unglückliche Kind — in einem nahegelegenen Hause zu sprechen. Winifried folgte dem Fremden, während die beiden anderen Mädchen nach Hause gingen. Als Winifried nicht heimkam, wurden der Ort und die ganze Nachbarschaft nach ihr abgesucht. Indessen scheint der Unhold das Kind in einem der leeren Häuser an der Ortsgrenze gefangen gehalten zu haben. Am Morgen fand man es erdrosselt in einem kleinen Graben. Trotzdem die ganze Grafschaft Surrey sich auf die Jagd gemacht hat, ist es bisher nicht gelungen, den unbekannten Mann festzunehmen.

Überfall auf einen belgischen Regierungsbeamten. Kurden haben in der Nähe von Lohinjan, südwestlich vom Urmiasee, den belgischen Zollinspektor Dumez, vier ihn begleitende persische Zollassistenten und vier Reiter seiner Eskorte ermordet.

Feuer im Kinotheater. In dem Projektionsraum eines Kinematographentheaters in Rio de Janeiro explodierte ein Motor, wodurch eine Feuersbrunst entstand. Drei Personen wurden getötet, darunter der Operateur, mehrere verletzt.

Genossenschaftsbewegung.

Konzentration der Kräfte. In allen Teilen des Reiches macht sich erfreulicherweise das Bestreben bemerkbar, innerhalb der Konsumvereinsbewegung die Bildung großer, leistungsfähiger Organisationen zu fördern. Das Beispiel, das in dieser Hinsicht vor allem Norddeutschland gegeben, findet mehr und mehr Nachahmung. Statt neue Vereine zu gründen, errichtet man in Orten, die erst der Bewegung erschlossen werden, Filialen bestehender Nachbarvereine, und kleine Vereine schließen sich größeren an. Das ist in den letzten Jahren, namentlich auch dank der eifrigen Arbeit des jetzigen Leiters der genossenschaftlichen Unterrichtskurse, Herrn Rupprecht (Erfurt), besonders in Thüringen geschehen, wo infolge der natürlichen Beschaffenheit des Landes zahlreiche Zwergvereine bestehen. Neuerdings greift die Propaganda für die Schaffung von Bezirkskonsumvereinen auch auf Sachsen über, wo einzelne große Vereine, wie z. B. Leipzig-Plagwitz, schon früher nach dieser Richtung gewirkt haben. Ein beherzigenswertes Vorbild haben da die großen Vereine von Dresden und Umgegend gegeben, die durch die Zusammenfassung der einzelnen Organisationen einen der größten Konsumvereine Deutschlands geschaffen haben. Arge Zersplitterung herrschte noch im sächsischen Erzgebirge. In einem Gebiete, das nicht viel größer ist als das Arbeitsgebiet der Konsumvereine Bremerhaven oder „Vorwärts" (Dresden), liegen zurzeit zirka 100 Konsumvereine, die dem sächsischen Revisionsverband angehören und außerdem noch zirka 80 „wilde" Vereine. Fast ausnahmslos sind es Vereine, deren Mitglieder sich aus Arbeiterkreisen rekrutieren. Daß zwei oder auch drei Vereine in einem Ort ihren Sitz haben, ist nichts Seltenes. Vielfach zeichnen sich diese Vereine obendrein noch durch unsinnig hohe Rückvergütungen unrühmlich aus. Hier ist also für gesunde Reformarbeit ein weites Feld. Der kürzlich in Chemnitz abgehaltene Unterrichtskursus hat nach dieser Richtung mit Erfolg vorgearbeitet. In Chemnitz selbst, in dessen näherer und fernerer Umgebung nicht weniger als 80 Vereine liegen, hat das Gewerkschaftskartell die Sache in die Hand genommen. Man will dort zunächst versuchen, die 24 Konsumvereine, die in einem Umkreise von 10 bis 12 Kilometer um Chemnitz herumliegen, zu einem einzigen großen Vereine zusammenzufassen. Auch in der Lausitz sind ähnliche Bestrebungen im Gange, von denen man nur wünschen kann, daß sie recht bald zum Ziele führen. Der jetzige Zustand entspricht nicht den Interessen der Konsumeten.

Konsumvereine und Petroleummonopol. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" präzisiert nach eingehender Besprechung des dem Reichstage zugegangenen Entwurfs eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Leuchtöl den Standpunkt der organisierten Konsumenten dahin, daß diese von dem geplanten Monopol auf keinen Fall Vorteil haben werden. „Die Sachlage ist folgende: die Möglichkeit, Deutschland mit trustfreiem Öl zu versorgen, ist nicht sichergestellt, über die Einkaufspreise weiß man wenig; sicher ist nur, daß sie hoch sein werden. In dieser Beziehung stellt also das Monopol einen Sprung ins Dunkle dar, der den deutschen Konsumenten teuer zu stehen kommen kann. Die Bestimmungen über die künftigen Verkaufspreise sind absolut unzulänglich. Die Sicherung gegen eine Ausbeutung der deutschen Konsumenten durch deutsche Kapitalisten, die an ausländischen Petroleumquellen interessiert sind, ist ebenfalls unzulänglich. Wir müssen deshalb dringend fordern, daß der Entwurf in dieser Form nicht Gesetz wird. Vom Konsumentenstandpunkt aus ist er eigentlich gar keine geeignete Grundlage für eine Diskussion; denn er müßte von Grund auf umgestaltet werden, um unseren Wünschen auch nur etwas Rechnung zu tragen."

Standesamtliche Nachrichten

vom 1. bis 7. Dezember 1912.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

28. November. Arbeiter W. F. H. Alwert. Kaufmann Th. W. H. E. Stalbohm. Eisenbahn-Wagenschieber W. F. F. Schlichting. Maschinist H. A. E. Meyer. Arbeiter F. H. A. Peters. 29. Arbeiter F. A. H. Klötzing. 30. Schlosser P. H. F. C. Bremer. Sekretär C. E. H. Wiese.

1. Dezember. Makler C. C. G. Stegemann. Klempner H. F. W. A. Wegner. Glasermeister Th. Müller. 2. Arbeiter H. Chr. F. Hoffmann. 3. Arbeiter G. F. H. Nupnau. Arbeiter F. F. H. G. H. Strunck. 4. Wächter E. A. E. Werdelborn. 5. Kellermeister H. R. A. Paulsen. 7. Kaufmann H. F. Chr. Schwensen.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

24. November. Dachdeckermeister H. Chr. N. Diercks. Arbeiter F. H. Andersen. 29. Arbeiter E. A. Wehrend. Händler F. M. H. Claußen. 30. Arbeiter F. H. A. Schmidt.

1. Dezember. Wirt F. F. Chr. C. Eggert. 2. Friseur F. H. W. Tams. Arbeiter R. A. Strunck. Arbeiter H. G. A. Klaffer. 3. Kutscher W. Chr. K. Görs. 5. Zimmermann F. H. F. Böttger.

Angeordnete Aufgebote.

2. Dezember. Arbeiter A. R. A. Weitze und H. M. E. Beyer. Arbeiter W. H. H. Voß und B. D. Clasen. Lehrer F. A. H. Wicht und A. Chr. M. Hümpel. Arbeiter E. F. K. Mirow und E. A. A. Börzow. Arbeiter F. W. F. Funck und E. D. E. Drescher. Baggerführer P. F. A. Meyer und D. F. J. L. Fransen. 3. Arbeiter J. Marxen und E. Prahl, beide in Moisling. Marmorschleifer W. Hilker und S. W. Gilmeier, beide in Bremen. Handlungsgehilfe F. A. Engler und M. A. F. D. Rachvoll in Stangenwalde. 4. Klempnergeselle H. H. von Döhren und M. A. Schulze. Mechaniker K. F. W. Stahl und A. S. L. Schwang. Arbeiter W. H. F. Sternberg und G. M. M. Schwedje. 5. Maschinenschlosser G. H. H. W. Mirow und M. M. F. Brüß. Badewärter K. Plof und M. A. K. Thomsen. Schuhmacher P. R. Knutzen und M. D. L. Rieckhof in Gallentin. Buchhalter J. Caspari in Essen und E. Vester in Elberfeld. Tapezier und Dekorateur F. W. Baumhöfener und M. F. Klemann in Dalldorf. Arbeiter G. F. Casper in Blumenthal und W. Schröder in Neukirchen. 6. Installateur P. G. Engler in Burg auf Fehmarn und A. G. Wohler. Arbeiter W. F. K. Schwenkros in Eckhorst und F. M. Klein in Mönckhagen. Gärtner E. F. F. Ostrowsky und A. E. Frank, beide in Zinten. Schlachtergeselle O. F. F. H. Hein und F. E. A. Lüdemann. 7. Seemaschinist E. A. M. Lorentzen in Hamburg und D. F. E. N. Osenbrüg.

Eheschließungen.

3. Dezember: Seemannspastor O. Larssen und M. E. Johannsson. Bautechniker E. H. F. Franck in Walsum und F. D. Chr. Jürgens. Versicherungsbeamter A. H. E. Lüth und B. D. E. Rockstein. 4. Arbeiter F. G. Burat und M. D. Hansen. 7. Schlossergeselle H. P. H. Wieger und D. E. M. L. Gülsdorf. Hausdiener A. F. K. Hagemeister und K. S. L. Nölting. Arbeiter F. F. H. Hillers und M. D. E. Jessen. Kontrolleur F. W. Jackson in Kiel und M. K. K. K. Bergmann. Bäckergeselle K. H. Brand und W. M. K. Kühl. Zimmergeselle F. H. F. Burmeister in Vorwerk und M. A. Pries. Arbeiter K. F. Ockroy und E. A. F. Röder. Zimmergeselle K. H. L. Warnke und A. L. F. Eichler. Kaufmann H. B. K. G. F. Schulze und L. F. E. Meiners.

Sterbefälle.

30. November: Ein totgeb. Knabe, V.: Maschinist W. F. Nothnagel. H. B. A. A. geb. Bratmann, Ehefrau des Bankbeamten E. F. F. W. Freimuth, 23 J. C. L. C. geb. Recker, Ehefrau des Buchhalters F. H. Th. Raetz, 62 J. Privatmann F. H. Tiehn, 98 J. Ein totgeb. Mädchen, V.: Arbeiter E. E. W. A. Crivitz.

1. Dezember: E. Johannesson, 20 T. Dreherlehrling H. P. H. Wieschendorf, 15 J. Arbeiter G. Peise, 69 J. 2. M. F. S. geb. Dührkoop, geschiedene Ehefrau des Tapeziers Chr. H. F. Spernagel, 67 J. F. L. Polster, 4 M. A. M. geb. Volquardsen, Witwe des Kaufmanns E. G. P. Bergner, 37 J. W. B. E. Frank, 2 J. (Vorwerk). Bureaugehilfe K. F. P. Kiencke, 71 J. E. E. M. Schröder, 1 J. 3. Ein totgeb. Knabe, V.: Tischlermeister G. G. Behn (Oldesloe.) D. C. S. geb. Uehlecke, Ehefrau des Hauszimmergesellen E. Chr. A. Martens, 62 J. 4. L. Cattaruzza, 1 M. Hobelmeister M. B. Jansen, 62 J. 5. Arbeiter H. Chr. F. Zapel, 48 J. H. W. Thomsen, 4 J. H. F. A. Költzing, 6 T. Lagermeister P. L. F. Lehsten, 60 J. L. A. C. geb. Kroll, Witwe des Krämers H. H. Süfke, 61 J. 6. H. E. Chr. Schweim, 21 J. 7. Früherer Kaufmann H. F. Bürau, 63 J. A. M. D. geb. Busch, Ehefrau des Trägers H. F. F. Albrecht, 52 J.

Literarisches.

Eine Weihnachtsgabe für die Jugend. „Jungvolk" nennt sich der Jugendalmanach, den soeben die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands im Vorwärts-Verlag erscheinen läßt. Der hübsch ausgestattete, mit zahlreichen Abbildungen versehene, 160 Seiten starke Band weist einen außerordentlich reichhaltigen und vielgestaltigen Inhalt auf. Wohl alle Zweige unseres Jugendbildungsprogramms sind durch Beiträge parteigenössischer und gewerkschaftlicher Schriftsteller vertreten. Ein Aufsatz: „Der Wolf kommt" macht unsere Jugend mit den wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie bekannt, ein Gespräch: „Einigkeit macht stark" führt sie in das Wesen der Gewerkschaftsbewegung ein. Die Entwickelung und das Ziel der proletarischen Jugendbewegung wird in historischer Darstellung behandelt, während ein anderer Aufsatz besonders die jungen Arbeiterinnen für die proletarische Jugendsache zu interessieren und zu begeistern sucht. Die gegnerische Jugendbewegung ist durch eine kritische Abhandlung über den Jungdeutschlandbund berücksichtigt. Allgemeinere Bildungs- und Belehrungszwecke verfolgen Beiträge über das Volkslied, die deutschen Mundarten, die Kulturbedeutung des Flugproblems, über Albrecht Dürer, über Lebensart, die Schilderung einer Lahnwanderung und anderes mehr. Auch der Unterhaltungsteil bietet ein überaus mannigfaltiges Bild und ist durchweg auf den Charakter des Buches und den Interessenkreis unserer Jugend zugeschnitten. Mit zahlreichen Gedichten, Sprüchen, Schnurren, längeren und kürzeren Erzählungen ernsten wie heiteren Inhalts sind namhafte ältere und moderne Autoren vertreten; wir nennen nur die Namen wie Hebbel, Schönherr, Marie v. Ebner-Eschenbach, Walter Harlan, Jürgen Brand. Die Illustrationen dienen zum Teil der Erläuterung des Textes: so ist die Schilderung der Lahnwanderung durch die Wiedergabe der schönsten Burgen des Flußtals, der Dürer-Aufsatz durch Zeichnungen des Meisters, der Beitrag über das Volkslied durch die graphische Darstellung einiger stimmungsvoller Volksliedmotive dem Verständnis des jugendlichen Lesers nähergebracht; zu anderen selbständigen Abbildungen und zum sonstigen bildnerischen Schmuck ist eine bekannte Malerin hinzugezogen worden. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend hat den Preis des Buches im Verhältnis zu der Reichhaltigkeit des Gebotenen so niedrig angesetzt, daß die weiteste Verbreitung dieses unseres ersten Jugendkalenders in den Kreisen, für die er bestimmt ist, gesichert erscheint. Der Jugendalmanach, der im Buchhandel 50 Pfg. kostet, wird an Jugendliche für 25 Pfg. abgegeben.

Eine-Mark-Bibliothek könnte man die schmucken Bände nennen, die unser Berliner Parteiverlag unter dem Sammeltitel „Vorwärts-Bibliothek" herausgibt, denn mit Ausnahme des ersten Bandes — der 1,25 Mk. kostet — werden alle bisher erschienenen Bände mit 1 Mk. berechnet und, wie uns der Verlag mitteilt, besteht die Absicht, den Einheitspreis Eine Mark auch für die weiteren Bände beizubehalten. Wer die bereits erschienenen Bände kennt, wird sich gewiß nicht wundern, daß sich die „Vorwärts-Bibliothek" überraschend schnell eingeführt hat und in vielen Arbeiterfamilien zu einer beliebten Hausbücherei geworden ist. Als neuester Band ist soeben „Der Prinzipienreiter", eine Erzählung aus dem Jahre 1848, von Wilhelm Blos, zur Ausgabe gelangt. Über den „Prinzipienreiter" schreibt der Verlag in einer Vorbemerkung u. a. folgendes:

„Dieses Buch ist in den Kreisen, die sich für die Geschichte des „tollen Jahres" 1848 interessieren, gut aufgenommen worden. Es ist darin, vielleicht zum ersten Male, versucht worden, die von der Revolution bewirkten mannigfachen und merkwürdigen Verschiebungen unter den sozialen Schichten der Bevölkerung gründlich auch in Romanform zur Darstellung zu bringen. Durch die Anlehnung an bekannte historische Persönlichkeiten in einem mitteldeutschen Kleinstaate jener Zeit konnte bei der dichterischen Ausschmückung auch der Humor eine Pflegestätte finden. Die s soll, wie der Autor ausdrücklich sagt, den Ernst, mit dem die Ereignisse von damals in der großen Welt zu betrachten sind, nicht beeinträchtigen." Der „Prinzipienreiter" ebenso wie die früher erschienenen Bände der „Vorwärts-Bibliothek" werden vielfach zu Weihnachtsgeschenken Verwendung finden. Wir können sie auch durchaus empfehlen. Alle Parteibuchhandlungen führen die Bände der „Vorwärts-Bibliothek" auf Lager.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.